

# Politische Berichte ★

Nummer 2 / 17. Jahrgang

25. Januar 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte  
Zeitung für sozialistische Politik  
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM  
ermäßiges Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse  
Postfach 260 226, 50150 Köln  
Hausadresse GNN-Verlag,  
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,  
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

## Schluß mit den Ghettos!

### Lübecker Antifa zu dem Brand im Flüchtlingsheim Hafenstraße

Am Donnerstagmorgen gegen 3.40 Uhr brach in der Asylbewerberunterkunft Hafenstraße in Lübeck ein Brand aus, der mindestens zehn Todesopfer und zwanzig Schwerverletzte forderte. Die Aussagen der Behörden zur Brandursache sind noch widersprüchlich. Wurde noch am Morgen des 18.1. erklärt, daß ein rassistischer Brandanschlag wahrscheinlich ist und auch drei Tatverdächtige festgenommen, so ist seit Sonntag ein Libanese verhaftet, der in dem Haus wohnte. Angeblich soll er das Feuer gelegt haben, bestreitet jedoch bisher die Tat. Wir dokumentieren aus einem Flugblatt des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus, das am Tag des Brandes verteilt wurde, denn es kritisiert grundsätzlich die Zustände, die immer wieder zu solchen Katastrophen führen. - (u.b.)

(...) Mitverantwortlich für solche verheerenden Brände sind die menschenunwürdigen Umstände, unter denen Flüchtlinge in Deutschland geradezu verwahrt werden. Die Konzentrierung von Flüchtlingen verschiedener Nationalitäten in ghettoähnlichen Heimen muß beendet werden. Nicht nur, daß sich solche Unterkünfte als Ziele faschistischer Angriffe geradezu anbieten, sie befinden sich auch oft in sehr bedenklichem Zustand. In den vergangenen Monaten kam es gehäuft zu Bränden in Flüchtlingsunterkünften, meistens sprachen die Behörden von technischen Defekten als Ursache. Die sichere Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Pflichtaufgabe, Geldfragen dürfen hier keine Rolle spielen!

Flüchtlinge haben ein Recht auf Unterbringung in regulären Wohnungen!

Unabhängig vom konkreten Fall in Lübeck: Nazistrukturen bestehen weiter, die bisherigen Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus waren Kosmetik zur Beruhigung der Bevölkerung. Die Verbote z.B. gegen FAP, Nationalistische Front, Nationale Offensive und Deutsche Alternative haben den Strukturen nichts anhaben können. (...) Und solange nicht alle Naziorganisationen

verbieten und aufgelöst werden, können die Aktivisten der rechten Szene in anderen Organisationen Unterschlupf finden und weiter ihrem verbrecherischen Treiben nachgehen. Auch Parteien wie die „Deutsche Volksunion“, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, (die beide zu den Landtagswahlen im März kandidieren), und die „Republikaner“ sind faschistische Verbrennerbanden und müssen zerschlagen werden.

#### Bewährungsprobe Wahl

Wir stellen klar: Unabhängige AntifaschistInnen werden keinerlei Aufreten von Nazis und ihrer Propaganda zur Landtagswahl dulden!

Wir fordern von den Behörden, daß DVU und DLHV keine Wahlzulassung erteilt wird, daß ihnen keine Genehmigung für Plakate und Stellschilder, Kundgebungen und Infostände erteilt werden, daß Propagandawurfsendungen nicht von der Deutschen Post AG ausgetragen werden.

Ohne Rücksicht darauf, ob die Verantwortlichen endlich ihrer Aufgabe nachkommen, werden wir selber die notwendigen Maßnahmen treffen. Alle, die es mit der Bekämpfung von Rassismus und Faschismus ernst meinen, rufen wir auf, sich an diesen Maßnahmen aktiv zu beteiligen. Informationen dazu auch beim Antifa-Telefon (HL) 7020748.

#### Erkenntnisse offenlegen!

(...) Faschistische Ideologie entsteht nicht im luftleeren Raum. Die Ideologie wird durch Zeitungen, Flugblätter, Plakate, Aufkleber, Videos etc. weitergetragen. Dahinter stehen Parteien und Organisationen. Einzeltäter, die ganz von allein auf die Idee gekommen sind, Brandsätze zu werfen, gibt es nicht und hat es niemals gegeben. Die Rolle von Hintermännern und Organisationen wurden immer wieder von Justiz, Polizei und Politik heruntergespielt. Wir fordern, daß Kontakte zwischen Tätern und Organisationen offengelegt werden.

#### Der Opfer gedenken - Konsequenzen ziehen - aktiv werden!

(aus: Antifaschistische Nächte 2/96, gekürzt)



Die Hauptstadt Berlin wird in wenigen Tagen erstmals in der Geschichte der BRD einen Generalleutnant als neuen Innensenator haben: Jörg Schönbohm. Der 58-jährige war vor seiner Designierung durch die Berliner CDU für das neue Amt u.a. Adjutant des früheren Verteidigungsministers Wörner, dann Chef einer Panzerdivision, dann unter Rupert Scholz Leiter des Planungsstabes der Bundeswehr. Nach der DDR-Annexion wurde er Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, Inspekteur des Heeres u.a. Als Lieblingsautor soll er den Nazi-Schriftsteller Ernst Jünger genannt haben. Sollten Schäubles „Gedankenspiele“ vom Einsatz der Bundeswehr im Innern jemals Wirklichkeit werden - der neue Innensenator von Berlin bringt die Erfahrungen dafür mit. (rül)

## Hannoveraner Appell

### Für eine politische Lösung in Kurdistan

Politiker und Politikerinnen aus SPD, Grünen, PDS, VertreterInnen des Bund Demokratischer Wissenschaftler und WissenschaftlerInnen, von medico international, Flüchtlingsräten, Pro Asyl, Rechtsanwälte-Vereinigungen und das Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) in Köln haben einen „Hannoveraner Appell“ beschlossen, der demnächst auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden soll. Zur Zeit werden noch weitere UnterstützerInnen gesucht. Kontaktadresse ist das KIZ, Postfach 101937, 50459 Köln, Tel. 0221-1300422, Fax 0221-1300424

Kirche, M. Fenney, die Juristen N. Müller, J. McIven, St. Wats, Sh. Laizer und E. Schmid.

Ebenfalls in den letzten Tagen hat der Vorsitzende des Kurdischen Exilparlaments, Yasar Kaya, in einem Brief an 30 Parlamentspräsidenten erneut die Vorschläge zur friedlichen und politischen Lösung des Konfliktes in Kurdistan erläutert und um eine Unterstützung des Waffenstillstandes der PKK gebeten.

In einer Presseerklärung rief die „Föderation der Demokratischen Weltjugendverbände“, vertreten in 57 Ländern aller Kontinente, zu einer Verhandlungslösung auf und begrüßte ebenfalls den einseitigen Waffenstillstand der PKK. In der Erklärung werden die „Morde unbekannter Täter“, die Inhaftierung wegen „Gedankenschuld“ und die systematische Folter durch das türkische Regime angeprangert. Der Jugendverband erklärte, sich mit allen Mitteln für eine friedliche und politische Lösung des Konfliktes einzusetzen.

Auch in Großbritannien haben sich Abgeordnete für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts ausgesprochen. Die Abgeordneten T. Benn, A. Walker, H. Cohen (alle Labour-Party), der Europaabgeordnete P. Crampton, B. Kent (Vorsitzender des Internationalen Friedensbüros) sowie der Schriftsteller H. Pinter forderten außerdem die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei. Das Europäische Parlament sollte zugunsten des einseitigen Waffenstillstandes der PKK auf die Verantwortlichen in Ankara Druck ausüben. In einem Brief an die Zeitung *The Independent* am 2.1. heißt es u.a., die Regierung Ciller habe für den Eintritt in die Zollunion mit den zugesagten Demokratisierungsreformen ein „Windei“ produziert.

Die Forderung nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage unterstützen auch Lord N. Rea, die Abgeordnete der walisischen Partei, C. Dafis, R. Crampton, der Flüchtlingsbeauftragte für Westminster der katholischen

PolitikerInnen in öffentlichen Erklärungen den einseitigen Waffenstillstand der PKK unterstützt und zu einer politischen Lösung aufgerufen, darunter die Abgeordneten der Schweizer Sozialdemokratischen Partei Angeline Frankenhauser, Remo Gysin, Silva Semadeni, Ursula Hafner, Ernst Leutenberger, Ursula Gaumlin, Rudolf Strahm, Andreas Gross, Jost Gross, Anita Thanel, Regina Aepli, Margith von Felten, Jean Nils, Jean Claude Rennmall, die Abgeordneten der Schweizer Grünen Pia Hollenstein, Hugo Fasel, Rudi Rechsteiner.

In Österreich unterstützte u.a. der SPÖ-Politiker Karl Schrammek den einseitigen Waffenstillstand und forderte erneut eine politische Lösung.

Im Europaparlament appellierte u.a. Pauline Green (Vorsitzende der Sozialistischen Gruppe), und Jannis Sakellaris (Mitglied der Außenpolitischen Kommission) für eine politische Lösung und begrüßten den Waffenstillstand der PKK als Schritt in diese Richtung. (rul) Quelle: „Kurdistan-Rundschau“ Nr. 2/96



In vielen Städten fanden nach dem Anschlag Protestaktionen gegen die reaktionäre Asylpolitik und für das Verbot aller faschistischen Organisationen statt. Bild: Hamburg.

**AKTUELL IN BONN****Fast 50 Milliarden DM für Sozialhilfe in 1994**

In einer Antwort auf eine große Anfrage der SPD hat die Bundesregierung die Sozialhilfe-Ausgaben für das Jahr 1994 auf 49,56 Mrd. DM beziffert. Frech bezeichnet sie in der gleichen Antwort als Bild einer zunehmenden Verarmung und Vereindlung von Teilen der Bevölkerung als „falsch“. Begründung: 17,77 Mrd. DM Sozialhilfe seien für Pflegebedürftige und 12,29 Mrd. DM als Eingliederungshilfe für Behinderte gezahlt worden, diese Zahlungen seien „weniger auf zu niedrige Einkommen als vielmehr auf zu hohe Kosten stationärer Hilfsmaßnahmen zurückzuführen“. Eine Logik des Typs: „Du bist nicht arm, deine Miete und deine Lebensmittel sind nur zu teuer!“ Die schroffen Ost-West-Unterschiede im Einkommen verdeutlichen zwei weitere Angaben in der Antwort der Regierung: Danach erzielten „West-Haushalte“ 1993 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 59.000 DM, Ost-Haushalte dagegen nur 38.000 DM.

**PDS beantragt Wahlrechtsänderung**

Die Bundestagsgruppe der PDS hat ein Gesetzespaket zur Wahlrechtsänderung beschlossen. Der Entwurf hat vier Kernpunkte: die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre, die Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts auf ausländische Personen, die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig ihren ständigen Wohnsitz in der BRD haben, die Zulassung von Präferenzstimmen, mit denen die Wählerinnen und Wähler Einfluss auf die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Landeslisten der Parteien nehmen können, und die Abschaffung der Sperrklausel. Ein ähnlicher Antrag war bereits im letzten Bundestag von der PDS eingebracht worden und damals von allen anderen Parteien abgelehnt worden.

**Plus 1.100 DM im Monat**

Am 1. Februar erhalten die Bundestagsabgeordneten erstmals die im Dezember verabschiedete Diätenerhöhung (11.300 DM statt bisher 10.366 DM). Die Diätenerhöhung wird rückwirkend zum 1. Oktober gezahlt. Jetzt hat der Ältestenrat des Bundestags auch die steuerfreie Kostenpauschale rückwirkend zum 1. Januar erhöht, von 5.987 DM auf 6.122 DM. Beides zusammen macht etwa 1.100 DM mehr pro Monat und wird die Abgeordneten der Regierung sicher in die richtige „Spar-Stimmung“ bringen bei den nächsten Kürzungen der Sozialhilfe, der Arbeitslosenhilfe usw.

**Wozu will Bayern waffentaugliches Uran?**

Die Technische Universität München will in dem umstrittenen Forschungsreaktor München II in Garching unbedingt atomwaffentaugliches Uran als Neutronenquelle einsetzen. Das Projekt hat zu Spannungen mit den USA geführt. Letzte Woche fanden bilaterale Krisengespräche statt. Das Vorhaben wurde die langjährigen internationalen Bemühungen um die Austrocknung des Handels mit atom-

waffentauglichem Uran untergraben, kritisierten sie u.a. Der bayerische Kultusminister Zehetmaier bestand auf dem Vorhaben: Die Planungskompetenz liege in Bayern, und er lasse „keine konzeptionellen Experimente zu“. Die USA haben eine scharfe öffentliche Erklärung angekündigt, mit Garching werde es keine Kooperation geben. Der Forschungsstaatssekretär Neumann (CDU) der Bundesregierung deutete am 19.1. im Bundestag an, man sei unter bestimmten Bedingungen bereit, gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung neue Überlegungen anzustellen.

**DGB will „Reichtumbericht“**

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer fordert von der Bundesregierung einen regelmäßigen „Reichtumbericht“. Die amtliche Vermögensstatistik sei völlig unzureichend. Nach DGB-Berechnungen verfüge das obere Zehntel der westdeutschen Haushalte über Privatvermögen von ca. 3000 Milliarden DM, das sei mehr als die Hälfte aller Privatvermögen. Das obere Drittel konzentriere bereits 90% aller Privatvermögen auf sich. Die derzeitigen Angaben des Statistischen Bundesamtes dagegen beruhen auf freiwilligen Befragungen, wobei die ganz Reichen mit Monatseinkommen über 35.000 DM gar nicht erfaßt würden.

**VS contra Scientology?**

Familienministerin Nolte will den Verfassungsschutz gegen die Sekte „Scientology“ einsetzen. Die Sekte habe ein höchst bedenkliches Demokratieverständnis und ein menschenverachtendes Menschenbild, so die Ministerin. Nach den Kriterien der Ministerin ließen sich die Schlapphüte genausogut auf die Katholische Kirche ansetzen, deren religiöse Dogmatik bekanntermaßen gegen zahlreiche Verfassungsgrundsätze verstößt, angefangen vom Verstoß gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Verweigerung des Rechts auf Scheidung, das Verbot gewerkschaftlicher Betätigung in kirchlichen Einrichtungen usw. Auch in der Presse stieß der Vorstoß der Ministerin nicht auf Gegenliebe. Der Berliner „Tagesspiegel“ meinte, der Reichtum der Sekte beruhe bekanntlich auf Immobilienpekulationen: „Mit einem Schlag beispielsweise könnte Bonn den Scientologen breite Teile ihrer wirtschaftlichen Grundlagen entziehen, wenn es die Courtagen (Vermittlungsgebühren für Makler, d. Red.) bei Wohnungsverkäufen von der üppigen Mercedes- auf die angemessene Moped-Dimension zurückstutzen würde - wohl kein zu hoher Preis, wenn es tatsächlich um die Abwehr einer drohenden Weltdiktatur ginge.“

**Was kommt demnächst?**

Am 26./27.1. beraten CDU und CSU über ihre künftige gemeinsame Strategie. Am 9.2. tagt der Bundesrat, u.a. über Seehofers Pläne zur „Krankenhausreform“. Am 10.3. sind in Bayern Kommunalwahlen, am 24.3. Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein. Am 26.3. tagt die nächste Innenministerkonferenz, dabei geht es u.a. um die Rückführung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien.

# Repressionswelle gegen die politische Opposition

## Eine Initiative gegen die Ermächtigungsparagrafen ist erforderlich

### § 20 Vereinsgesetz zur Ausschaltung von Opposition gegen die Außenpolitik

Am 15. Januar begann vor der Staatschutzkammer am Landgericht Nürnberg ein Prozeß gegen den früheren presserechtlich verantwortlichen Redakteur des Nachrichtenblattes „Biji - Informationen aus Kurdistan und der BRD“.

Ihm wird vorgeworfen, durch die Dokumentation von Erklärungen der ERNK und von Bilanzen des Befreiungskampfes der ARPK gegen § 20 Verfassungsschutz verstößen zu haben.

Die Staatsanwaltschaft forderte eine Gesamtstrafe von 150 Tagessätzen für die „Propaganda der Handlungsziele“ verbotener Organisationen und „Sympathiewerbung“. Ein Urteil wurde noch nicht gesprochen.

Ein weiteres Verfahren wg. § 20 Verfassungsschutz ist gegen den Redakteur des „Kurdistan-Rundbriefs“ anhängig. Auch hier geht es um die Dokumentation von Äußerungen der kurdischen Seite, konkret um den Abdruck des Grußwortes des PKK-Vorsitzenden Öcalan an die Bonner Großdemonstration am 17. Juni 1995.

Die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in der BRD wird mehr und mehr auf die Solidaritätsbewegung ausgeweitet. Sie bedroht eine um Authentizität bemühte Berichterstattung über den kurdischen Befreiungskampf, die der Außenpolitik der Bundesrepublik, der bedingungslosen Unterstützung des Krieges der Türkischen Republik, widerspricht, und sucht die freie Meinungsbildung über und damit die Opposition gegen die Außenpolitik der BRD zu unterdrücken.

### Mit den § 129 und § 129a gegen die Meinungsfreiheit

Die über 30 Durchsuchungen im Zuge von Ermittlungsverfahren gegen radikal, AIZ und K.O.M.I.T.E.E. am 13.6.95 waren, wie sich immer mehr herausstellt, Auftakt zu einer großangelegten Verfolgungswelle, deren Ausmaß in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt und auch noch gar nicht abzusehen ist.

Vier angebliche radikal-Redakteure saßen sechs Monate unter Isolationshaftbedingungen in Untersuchungshaft und wurden nur gegen harte Auflagen entlassen; andere haben sich der Verhaftung unter Aufgabe ihres bisherigen Lebens entzogen. Ihnen allen wird vorgeworfen, sich an der Herausgabe der seit 1976 erscheinenden Untergrundzeitschrift „radikal“ beteiligt zu haben, was nicht nur als Billigung von bzw. Aufforderung und Anleitung zu Straftaten, Werbung für terroristische Vereinigungen sowie Umsatzsteuerhinterziehung gewertet wird, sondern auch als Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Sinne des § 129 Strafgesetzbuch.

Darüber hinaus wird im Zusammenhang mit dem 13. Juni 1995 gegen eine unbekannte Zahl von Menschen aus verschiedenen Spektren unter verschiedenen Vorwürfen ermittelt, so u.a. gegen ehemalige Gefangene aus der RAF wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (Verstoß gegen Paragraph 129a StGB).

Grundlage all dieser Ermittlungen ist ein nach geltendem Strafprozeßrecht unzulässiger monatelanger Lauschangriff gegen ein Haus in der Eifel, in dem sich Menschen aus unterschiedlichen Szenen zu Diskussionen trafen. Der Lauschangriff wiederum geht vermutlich auf den Einsatz des Verfassungsschutzprovokateurs Steinmetz zurück.

Die Staatsmacht steigert den Verfolgungsdruck durch immer neue Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmeaktionen, allein zwischen dem 14. und 19. Dezember in Dresden, Oldenburg, Bremen, Münster und Kiel.

Menschen, die als Zeugen vorgeladen werden, sind bei Aussageverweigerung von Beugehaft bedroht. In diesem und parallelen Ermittlungsverfahren, die ebenfalls auf den Einsatz des Verfassungsschutzprovokateurs Steinmetz zurückgehen, wurde in den letzten Monaten bzw. wird zur Zeit gegen mindestens sieben Personen eine mehrmonatige Beugehaft vollstreckt.

Betroffen sind gegenwärtig zum Beispiel vier Menschen aus einem linken Wohnprojekt in Frankfurt, die sich wertigerten, gegen eine Mitbewohnerin wegen „Weiterstadt“ auszusagen.

### Mammutverfahren gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen

Ein weiterer Höhepunkt der Repressionswelle ist der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M) aus Göttingen, in dem sich ab August 17 vermeintliche Mitglieder vor der Staatschutzkammer Lüneburg gegen den Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129) verteidigen müssen. Der Prozeß ist auf mindestens 114 Tage (3 Verhandlungstage pro Woche) terminiert und kann auch nach Aussagen der Verfolgungsbehörden Jahre dauern. Die geschätzten Kosten allein für die Fahrte Göttingen - Lüneburg und die insgesamt 34 benötigten Verteidiger belaufen sich auf mindestens 3,5 Mio. DM. Mit welcher Gewalt hier die Staatsmacht in linke Diskussions- und Organisationszusammenhänge eingreift, verdeutlichen Mitschnitte von fast 14.000 Telefonconversations und die Dokumentation von zahllosen Überwachungen, teils rund um die Uhr.

Grundlage all der Verfolgungen sind nicht nachweisbare Straftaten, zu denen Täter ermittelt werden; Grundlage sind Paragrafen wie die §§ 129 und 129a StGB sowie § 20 Vereinsgesetz, die beiden vor allem, mit deren Hilfe die Staatsmacht Menschen aufgrund von Meinungen, von Opposition oder aufgrund allein von zustimmender Erörterung militanten Widerstands auch ohne Taten zu Tätern machen und als Straftäter verfolgen kann. Paragrafen also, die die Staatsmacht nicht binden und zügeln, sondern mit denen sie sich selbst zu maßloser Verfolgung von politischem Widerstand - in der Breite und in der Tiefe - ermächtigt.

Darin wird das Ziel der gegenwärtigen Repression erkennbar: Durch brutale Demonstration ihrer Übermacht und des hohen persönlichen Risikos für Widerstand wollen die Verfolgungsbehörden den Widerstand brechen, Unterthanengeist erzwingen. (sccl)

Quellen: Angehörigen-Info 176, Presseklärung der Autonomen Antifa (M), Kurstan-Rundbrief.

Die Forderung des Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel, nach einem „Bündnis für Arbeit“ hat eine Fülle unterschiedlicher Reaktionen hervorgerufen. Da sind einerseits aus den Unternehmerverbänden und aus der konservativen und liberalen Politik radikal-marktwirtschaftliche Standortprogramme mit Lohnsenkung, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, Einschnitte bei der sozialen Sicherung und allgemeiner Senkung der Kapitalsteuern. Da kommen andererseits aber auch Hoffnungen, daß dieses „Bündnis“ ein Kristallisierungspunkt gerade für die gegenteiligen Bestrebungen sein könnte, für soziale Reformen – gegen Massenarbeitslosigkeit und für eine neue Verteilung von Arbeit und gesellschaftlichem Reichtum, gegen Armut und für eine nötige Neugestaltung sozialer Sicherung. Und tatsächlich wäre eine Initiative der Gewerkschaften, der sich verschiedene soziale und politische Kräfte mit ihren jeweiligen Reformkonzepten anschließen könnten, eine gute Sache. Gegen solche Bestrebungen nach einer Bündelung sozialer Reformkonzepte soll hier nicht gesprochen werden, im Gegenteil.

Diese erste Stellungnahme, die unmittelbar vor der sogenannten „Kanzlerunde“ abgeschlossen werden mußte, beleuchtet vor allem, was die Kapitalisten mit dieser „Bündnis“kampagne der IG Metall aufdrücken wollen.

#### Konturen des „Bündnisses“

Aus den Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall schälen sich die ersten Konturen des „Bündnisses“ heraus, das nicht auf die Metallindustrie beschränkt bleiben wird: Der Vorstand der IG Metall öffnet sich für niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose, für die Erleichterung und Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse und für niedrigere Einkommensforderungen in der Zukunft. Gesamtmetall bewegt sich ein Stück beim Freizeitausgleich für Überstunden. Beide Seiten sehen in diesen Ergebnissen „Fortschritte“, aber auch weiteren Verhandlungsbedarf. Die eingeschlagene Richtung heißt also: Lohnverzicht und Deregulierungsmaßnahmen gegen vage Aussichten bei der Beschäftigung. Gesamtmetall will weitere Punkte „abarbeiten“ und z.B. über eine „Beschäftigungs-Optionsklausel“ verhandeln, nach der die Betriebsparteien gegen Beschäftigungsgarantien den Verzicht auf tarifliche Leistungen wie Sonderzahlungen, 13. Monatseinkommen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Überstundenzuschläge vereinbaren könnten.

Von seinen Ausgangsforderungen auf dem Gewerkschaftstag hat sich Klaus Zwickel schon weg bewegt. Damals hatte er als „Vorbedingungen“, die Arbeitgeber und Regierung zu erfüllen hätten, genannt: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, Schaffung von 110.000 neuen Arbeitsplätzen in diesem Jahr (330.000 bis 1998), davon 10.000 (30.000) für Langzeitarbeitslose, Erhöhung der Ausbildungsplätze um jährlich 5%, Verzicht der Bundesregierung auf Leistungskürzungen bei Arbeitslosen und Armen, Einrichtung eines gesetzlichen Finanzierungsausgleichs zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben.

Im Gegenzug wollte Zwickel bei den Tarifforderungen für 1997 nur den Ausgleich der Preissteigerung verlangen und zeitlich befristeten Einarbeitungsabschlägen bei Langzeitarbeitslosen zustimmen. Jetzt zeichnet sich ab: Die Zustimmung des Vorstands zu Deregulierungsmaßnahmen wird über die damaligen Signale hinausgehen; die Ausweitung von Beschäftigung wird hinter verbindlichen Regelungen gegen Ent-

#### Kein Generationenvertrag

SZ: Wollen Sie damit sagen, daß der so oft zitierte Generationenvertrag, der die Versorgung aller ermöglichen soll, nicht mehr gilt?

Biedenkopf: Die Generation meiner Kinder hat dadurch, daß sie nur wenige Kinder hat, den Generationenvertrag längst aufgekündigt. Die Vorstellung, man könne ein Umlagesystem unbeschadet der demographischen Entwicklung und der Bereitschaft der Bevölkerung, Kapital zu bilden, auf Jahrzehnte hinaus garantieren, ist unrealistisch. Norbert Blüm mag über Zustände und Verlässlichkeit des Generationenvertrages sagen, was er will.

Die Menschen werden nach wie vor über die Kosten des Sozialsystems in die Irre geführt. So glaubt die Mehrheit noch immer, sie bekämen ihre Rentenbeiträge im Alter zurück.

Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf (CDU) in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung



Etwa 70.000 Metaller protestierten am 22.1. bundesweit gegen Blüms Pläne zur Kürzung der Renten bei Frühverrentung.

## „Bündnis für Arbeit“?

**Bislang eher ein Konzept, um „... den Grad der Freizügigkeit für die Unternehmen (zu) erhöhen“ (Dr. Hundt, Gesamtmetall)**

lassungen und für Einstellungen zurückbleiben. Die bisher noch vage Zustimmung von Gesamtmetall zu mehr Freizeitausgleich für Überstunden dürfte nämlich mit dem Konzept der (Lang)Zeitkonten verknüpft werden.

Bei diesen Zeitkonten, die auch der IG-Metall-Vorstand fördert, werden Mehrarbeitsstunden (teilweise bis in die Hunderte oder auch ohne jede Obergrenze) längerfristig (teils auch ohne zeitliche Beschränkung) aufsummiert, um sie zukünftig wieder abzufeuern. Häufig werden in diesem Zusammenhang Mehrarbeitszuschläge verringert oder abgeschafft. So wurden in den vergangenen Tagen bei Ford Köln neue Zeitkonten eingeführt, die die Mehrarbeit in beschäftigungskritischen Abteilungen aufnehmen sollen; dazu ein „Seniorenkonto“, auf dem langfristig Überstunden geparkt werden sollen, um in den Jahren vor der Rente die Arbeitszeit zu verkürzen. (1)

Die bisherigen Erfahrungen mit Zeitkonten zeigen, daß sie gerade wenig beschäftigungswirksam sind, weil der Zeitausgleich in die Zukunft verschoben wird und dann vielfach an „betrieblichen Erfordernissen“ scheitert. Auch die – von der IG Metall unterstützte – Einschränkung von Mehrarbeitszuschlägen macht Überstunden für die Unternehmen eher interessanter, weil billiger. Kräftige Wirkungen für die Beschäftigung sind von den bisher abschaffbaren Maßnahmen nicht zu erwarten.

#### Gewerkschaften unter Handlungsdruck

Natürlich müssen die Gewerkschaften



schreiführt, noch nicht einmal mehr bei den Gewerkschaften.

Gewerkschaftlicher Handlungsbedarf besteht auch gegenüber der Regierungspolitik, die die Gunst der Stunde für die weitere Deregulierung (Ladeschluß), für die Einschränkung sozialer Leistungen und die Senkung von Kapitalsteuern nutzen will. Es kann keine Rede davon sein, daß sich Konservative und Liberale angesichts des Bündnisangebots aus der IG Metall mäßigen würden.

#### „Geben und Nehmen“?

Aber muß die IG Metall, müssen die Gewerkschaften so handeln? Das „Bündnis“konzept setzt die Politik der IG Metall aus den letzten Jahren fort: den VW-Tarifvertrag mit Absenkung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und den Beschäftigungssicherungstarif, der den VW-Vertrag auf die ganze Metallbranche übertragen hat. – Verzicht auf einzelne tarifliche Leistungen gegen Beschäftigungsgarantien. Eine kritische Bilanz dieser Politik gibt es aber nicht. Und auch keine demokratische Meinungsbildung und Beschlusffassung über das „Bündnis“konzept, obwohl damit gewerkschaftliche Positionen verändert werden.

Klaus Zwickel spricht vom „Geben und Nehmen“ – die IG Metall „gibt“ Lohnverzicht und Deregulierungsmaßnahmen und „nimmt“ dafür Aussichten auf mehr Beschäftigung. Das bürgerliche Lager läßt sich aber auf kein „Geben“ ein, sondern verficht seine Interessen ohne Abstriche. Gewerkschaftliche Zugeständnisse behandelt es eher als Einladung, noch stärker zuzulangen. Andererseits verwischt die Vorstellung von „Geben und Nehmen“ die Maßstäbe auf der Gewerkschaftsseite. Hat man mit dem „Geben“ erstmal begonnen, legt man eben nach, wenn es noch nicht reicht. Deshalb macht das „Bündnis“ den Eindruck einer trostlosen schiefen Bahn, wo man derzeit nicht sicher ist, welche Positionen die Gewerkschaftsseite noch hin „gibt“.

Freilich hat dieser Kurs auch in der IG Metall, in anderen Gewerkschaften und im DGB Unterstützung. Zum Beispiel der Vorsitzende der ÖTV, Mai, hat die anschauliche Formulierung gewählt, die Gewerkschaften hätten mit dem Bündnis „die Zugbrücke zu unserer Burg runtergelassen“ und seien jetzt dabei „die Rüstungen abzulegen“. Ausgesprochen unappetitlich die Stellungnahme des Vorsitzenden der IG Chemie, Schmoldt, der die französische Streikbewegung für das „Bündnis“ folgendermaßen bemühte: „Wenn das Bündnis scheitert, ist auch das Modell der Sozialpartnerschaft gefährdet. Das bedeutet: Unsere Fähigkeit, im Konsens Lösungen zu suchen, ist in Frage gestellt. Frankreich läßt grüßen.“ (3) Die Erfahrung der französischen Streikbewegung wird nicht etwa aufgenommen: Was hat sie erreicht? Was nicht? Was kann man für den gewerkschaftlichen Widerstand in den EU-Ländern lernen? Stattdessen wird sie abschätzig als Drohung vor einem Scheitern des Bündnisangebots mißbraucht.

Die ganze Standort/Bündnis-Auseinandersetzung ist ein erbitterter Kampf um die künftige Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft. Die Gewerkschaften sollten sich nicht auf Lösungen abrängen lassen, die auf Kosten von Armen, Arbeitsuchenden und Niedrigverdienenden gehen. Sie sollten ihre Konzepte auch nicht auf den Rahmen der kapitalistischen großindustriellen Produktion einschränken lassen, die die gegenwärtigen Krisen gerade hervortreibt. (rok)

# Schlechte Aussichten für die FDP

Auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der FDP faßte der Bundesvorsitzende Dr. Gerhardt das Konzept zusammen, mit dem er und seine Männer das parlamentarische Überleben der Partei sichern wollen (1):

„Bedenkenträgern bei Forschung und Innovation, Gleichmachern bei Schule und Bildung, Neidhammeln gegenüber besonderer Begabung und Leistung, Modernisierungsverweigerern, Arbeitsplatzvernichtern, die die Schattenwirtschaft begünstigen, die rechts leben und links wählen, denen wollen wir die politische Bühne in Deutschland nicht überlassen. 1996 geht es bei den bevorstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg um die Behauptung der F.D.P. und damit um den Kurs unseres Landes.“

Die Rede folgte einer vorangegangenen Ausrichtung der übriggebliebenen Parteikader u.a. durch einen Artikel im *Handelsblatt* vom 15.12.95. Dort kommentiert Prof. Werner Kaltefleiter, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Kiel,

rechts und berügtigt, das Ergebnis der F.D.P.-Mitgliederbefragung zum Thema „Großer Lauschan-griff“ (3):

„Überspitzt formuliert: Die Politik der FDP kann 90% der Bevölkerung verärgern; wenn sie konsistent und konsequent die Interessen



von 10% vertritt, ist sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten erfolgreich... Die Mitglieder haben sich mit ihrer Entscheidung der Tyrannie der linksliberalen Minderheit entledigt. Die Parteführung ist jetzt frei, konsequent ordnungspolitischen Liberalismus zu betreiben.“

Kann ein Parteivorstand, der Hierarchie, Denkweise und Umgangsformen des deutschen Konzernmanagements zu einer gesellschaftspolitischen Strömung machen will, mehr als 5% bei

Wahlen gewinnen? Die in den Tabellen 1 bis 4 zusammengestellten Zahlen machen deutlich, daß es in der Wählerschaft der F.D.P. die insgesamt kontinuierlich abnimmt, soziale Umwälzung gegeben hat. Anfang der 70er Jahre hat die Altersgruppe zwischen 25 und 34 überproportional F.D.P. gewählt - und zwar Frauen und Männer. Heute, 20 Jahre später, findet sich diese Wählerschaft in den Altersgruppen über 40 wieder, die immer noch überproportional zum Ergebnis der F.D.P. beitragen. Dagegen ist

*jetzt den heutigen 25-34-Jährigen ein deutlicher Einbruch festzustellen.*

Der Frauenanteil der FDP-Wählerschaft sinkt ebenfalls beständig. Die in Tabelle 4 dargestellte Entwicklung gilt ähnlich für NRW und Berlin. Es ist davon auszugehen, daß die Veränderungen in der Wählerschaft beim Parteikader noch wesentlich schroffer stattfinden: Bis her ist noch jedes weibliche FDP-Mitglied kurz vor oder kurz nach Erreichen eines Staatsamtes auf übelste Weise durch die Parteiführung zur Strecke gebracht worden. Nur 8 der 47 FDP-Bundestagsabgeordneten sind ehemalig. Solche Taten können nicht ohne Einfluß auf die Wahlergebnisse liegen. Auch - oder vielleicht selbst - in

den gehobenen Kreisen, in denen die FDP rekrutiert, sind die Zeiten vorbei, wo Frau und Familie dem Haushaltvorstand politisch folgen.

Die FDP hat ein echtes Glaubwürdigkeitsproblem. Der Vorstand ist verzweifelt auf der Suche nach medienwirksamen Themen zum Stimmenfang: Kann das Inaussichtstellen eines geminderten Solidaritätszuschlages den Kummer eines höheren Angestellten lindern, dem gerade der Beitrag bei der privaten Krankenversicherung um 10% angehoben wurde? Kann der gleiche Mensch einer Partei trauen, die sich zum Hüter des Patientendatenschutzes aufspielen will? Nachdem die FDP im Bundestag den entsprechenden Gesetzen zugesagt hat, will der Parteivorstand jetzt eine zweijährige Aussetzung der Krankheitserfassung nach dem neuen ICD-10 Code. Dieselbe Partei, die zuvor mit etwa zwei Dritteln ihrer Mitglieder ein Gesetz befürwortet hat, das die optische und akustische Überwachung von Privatwohnungen zulassen will. Mit einem solchen Gesetz wäre nicht nur

der klassisch liberale Grund-satz einer privaten Sphäre von Meinungsäußerung hin, sondern auch das ebenso wichtige Rechtsgut der Unverletzlichkeit einer Privatwohnung. Ir-gendjemand muß ja schließ-lich die zur Überwachung erforderlichen technischen Einrichtungen in der jeweiligen

Wohnung installieren. Anders ausgedrückt: Werden sich mehr als 5% der deutschen und wahlberechtigten Bevölkerung finden, die das Risiko eingehen wollen, immer nur Gewinner auf Kosten anderer zu sein? Und werden mehr als 5% der deutschen und wahlberechtigten Bevölkerung dies im Erfolgsfall auch tatsächlich als Gewinn empfinden? Der Parteivorstand setzt darauf, was Dr. Gerhardt am 6.1.96 zum Ausdruck brachte (1):

„Wir orientieren uns an Leistung und nicht an Herkunft, an Weltoffenheit und nicht an Engstirnigkeit, an Toleranz und nicht an Dogmen, an Risiko und nicht an Anspruchsdenken.“

Wir sind und bleiben die Freiheitspartei, und wir müssen jetzt unsere Reihen schließen, wenn wir gewinnen wollen.“

Wahrscheinlich und hoffentlich irr sich der Mann. In einem Punkt sind seine Wünsche und Visionen jedenfalls bereits eingetreten. Als Inhaber einer bedeutenden Position in dieser Gesellschaft, deren Ausfüllung ihn persönlich bereits an den Rande eines Herzinfarktes gebracht hat („Risiko statt Anspruchsdenken“), wünschte er sich in seiner Dreikönigsrede:

„Politik muß darauf aufmerksam machen, daß es auch schöne Dinge gibt, daß wir uns an den Aufgaben freuen, daß die Welt nicht ausschließlich kaputt ist und alle durcheinander schreien und niemand mehr eine Vision der Zukunft hat.“

Sein Gefolgsmann und Generalsekretär Dr. Guido Westerwelle schloß seine Rede zu Dreikönig nämlich mit den Worten (2):

„Es geht nicht darum, ob einige von uns ein Mandat erringen. Es geht nicht um das Überleben einer Partei. Es geht

## Anhaltende Verluste bei jungen und weiblichen Wählern

darum, ob in den Parlamenten in Deutschland künftig noch die liberale Idee politisch organisiert vertreten wird. Die F.D.P. ist die einzige liberale Partei in Deutschland. Dafür lohnt sich jedes Engagement. In 50 Jahren bin ich 84 Jahre alt. Dann stehe ich hier wieder vor vollem Haus und halte die Festre-

de.“ Dieser Vision ist nichts hinzuzufügen. (tob)

Quellen:

(1) Internet-Server der FDP <http://www.liberal.de>

(2) T-Online, Dienste der Statistischen Landesämter

(3) Handelsblatt 15/16.12.95, S. 6

Bei allen Land- und Bundestagswahlen wird ein bestimmter Prozentsatz der Stimmzettel mit Alter und Geschlecht der abstimgenden Person markiert. Die Ergebnisse dieser repräsentativen Stichprobe geben ein relativ sicheres Bild des tatsächlichen Wahlverhaltens wieder. Es zeigen sich interessante Trends, die näher untersucht werden sollten, was wegen der schwierigen Datenbeschaffung nicht ganz einfach ist. In Tabelle 1 sind die Ergebnisse für die Bundestagswahlen von 1972 bis 1990 zusammengetragen. Leider liegen für 1994 keine Ergebnisse vor, weil in diesem Jahr bei allen Wahlen die Ziehung der Stichprobe ausgesetzt wurde. Entsprechende Statistiken von Landtagswahlen nach 1990 bestätigen allerdings den beschriebenen Trend.

Um einen Eindruck über die Abweichungen des Wahlverhaltens in den einzelnen Gruppen im Verhältnis zum Durchschnitt zu bekommen, wurde in Tabelle 2 für die einzelnen Gruppen folgende Statistik konstruiert: Vom Prozentanteil in einer Gruppe wird der durchschnittliche Prozentanteil abgezogen. Das Ergebnis wird mit dem Anteil der Gruppe an allen Wählenden multipliziert, so daß die entsprechende Abweichung mit dem richtigen Gewicht in das Gesamtergebnis eingeht. In Tabelle 2 wurden dabei jeweils die Ergebnisse für Frauen und Männer jeder Altersgruppe addiert. In Tabelle 4 wurden auf die gleiche Weise die Ergebnisse aller Altersgruppen bei Frauen und Männern zusammengezählt. Für die Verteilung der Abstimmenden auf die Gruppen wurde die in Tabelle 1 und 3 angegebenen Verteilungen für 90 bzw. 95 für alle Jahre zugrundegelegt. Dies führt zu einer gewissen Ungenauigkeit wird aber den wesentlichen Trend nicht beeinflussen.

Die Werte in Tabelle 2 und 4 zeigen also, ob und wie stark die Stimmanteile der FDP nach Geschlecht bzw. Alter vom Durchschnitt abweichen. Negative Werte bedeuten, daß Personen aus den betreffenden Gruppen unterdurchschnittlich oft FDP wählen, Positive Werte dagegen eine überdurchschnittliche Repräsentanz der FDP im betrachteten Segment. Die absolute Größe des Wertes ist ein gewisses Maß für den Grad der Abweichung.

Tabelle 1: FDP-Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen in %

	Bund 72	Bund 76	Bund 80	Bund 83	Bund 87	Bund 90	Anteil 90
alle	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	11,0	*
Männer							
18-24 Jahre	9,6	8,5	10,9	5,4	8,6	10,6	5,4
25-34 Jahre	10,5	10,3	12,8	6,3	7,9	9,9	9,3
35-44 Jahre	8,9	9,0	12,6	8,8	10,7	12,4	8,3
45-59 Jahre	8,9	7,7	9,7	8,0	10,3	12,5	13,8
über 60 Jahre	6,7	5,7	7,1	6,8	7,9	9,3	10,7
							47,5
Frauen							
18-24 Jahre	8,5	8,6	11,9	5,2	8,0	10,3	5,0
25-34 Jahre	10,1	10,7	13,9	6,2	7,3	9,6	8,9
35-44 Jahre	8,3	8,7	13,6	8,3	10,5	12,7	8,2
45-59 Jahre	7,7	7,4	10,1	6,7	9,4	12,3	13,8
über 60 Jahre	5,7	5,2	7,5	5,4	6,9	8,8	16,5
							52,4

\* Anteil der jeweiligen Personengruppe an der Gesamtwählerzahl im Jahr 1990

Tabelle 2: Relatives Gewicht der Altersgruppen am Gesamtergebnis

	Bund 72	Bund 76	Bund 80	Bund 83	Bund 87	Bund 90
18-24 Jahre	7,0	6,7	8,1	-17,6	-8,2	-5,7
25-34 Jahre	34,7	47,2	49,8	-13,6	-27,2	-22,7
35-44 Jahre	3,3	15,7	41,2	25,6	24,8	25,6
45-59 Jahre	-2,8	-9,7	-19,3	9,7	20,7	38,6
über 60 Jahre	-62,7	-68,1	-88,6	-28,5	-49,1	-54,5

Tabelle 3: FDP-Ergebnisse der Wählerstichprobe Landtagswahlen Hessen in %

	Hessen 83	Hessen 87	Hessen 91	Hessen 95	Anteil 95
alle	7,6	7,8	7,4	7,4	
Männer					
18-24 Jahre	5,3	6,4	8,4	9,1	3,1
25-34 Jahre	6,0	5,7	6,4	5,7	8,6
35-44 Jahre	9,4	8,8	7,4	5,9	8,8
45-59 Jahre	10,2	9,3	8,9	9,6	13,8
über 60 Jahre	9,6	8,5	7,1	8,5	14,0
					48,3
Frauen					
18-24 Jahre	4,8	6,3	6,9	5,9	2,8
25-34 Jahre	6,0	5,6	5,8	5,2	8,2
35-44 Jahre	9,1	8,8	7,5	5,8	8,6
45-59 Jahre	8,3	9,0	8,9	9,0	13,5
über 60 Jahre	8,1	7,4	6,3	7,0	18,6
					51,7

Tabelle 4: Relatives Gewicht der Geschlechter am Gesamtergebnis

	Hessen 1983	Hessen 1987	Hessen 1991	Hessen 1995
Männer	58,8	16,9	11,0	23,2
Frauen	10,7	-4,9	-13,9	-21,8

# Klarer Fall für die Fatah? Wahlen in den halb-autonomen Gebieten Palästinas

In den letzten Wochen wiederholte sich mehrere Male dasselbe Bild: Die israelischen Besatzungs Kräfte zogen sich aus einigen Städten in der Westbank zurück, dafür rückte zunächst palästinensische Polizei nach. Diese symbolische Demonstration veranlaßt aber zu der skeptischen Frage: bloßer Machtwechsel oder Schritt zur Befreiung?

Mitten in diesem Ablösungsprozeß finden Wahlen zum palästinensischen Autonomierat und zum Präsidenten der Volksvertretung statt. Noch bevor diese so richtig über die Bühne gegangen waren, hatten sich internationale BeobachterInnen darüber beschwert, daß sogenannte „Unregelmäßigkeiten“ in den Vorbereitungen dazu festzustellen waren. Eigenmächtig hatte sich Yassir Arafat von der El Fatah Vorteile im Wahlkampf gesichert, indem er früher, als in den Absprachen vereinbart, zu einer Propaganda-Tournee in der Westbank aufgebrochen war. Der lange hin ausgezögerte Abzug der Besatzungs Kräfte ließ sich somit gleich als Erfolg der angeblich zähen Verhandlungen Arafats feiern.

Aber auch andere Kriterien im Wahlprozeß stießen auf Kritik: Fristen und Zahl der von Israel vorsortierten Mandate waren kurzfristig zugunsten von Fatah geändert worden, Wahlbezirke neu zurechtgeschnitten. Mangelnde demokratische Erfahrungen, wie sie Abdallah Frangi vom Bonner PLO-Büro als Grund für die Schwierigkeiten angibt, können dafür sicherlich kein ausreichender Grund gewesen sein.

Eher begann bereits im Vorfeld dieser Wahlprozedur das Gezerre um die Machtpositionen im neuen Autonomierat; Oppositionelle und tatsächlich Unabhängige sollen keine bestimmende Rolle spielen können, überdies kostet eine Bewerbung 1000 Dollar. Die Ergebnisse der Wahl durch etwa 1 Million PalästinenserInnen waren damit vor-

sisansätzen und/oder hilfsweise ihre Einbindung in den Machtanspruch der jetzt regierenden, von Israel gestützten Clique um Arafat.

Die Opposition gegen den gegenwärtigen Kurs setzt sich unterschiedlich zusammen; ein Teil der Hamas-Gruppe wird die Wahlergebnisse akzeptieren und gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß ein großer Anteil von Wahlenthaltung zu verzeichnen war, wenn die außerhalb von Palästina lebenden Menschen mitgezählt würden. Die mehr als 100 000 Menschen anlässlich der Beerdigung des Oppositionellen Yehia Ayyash aus dem Hamas-Lager Anfang Januar, dem Arafat und Israel gleichermaßen unterstellt, an einer Reihe von Anschlägen auf Israelis beteiligt gewesen zu sein, waren als Demonstration zu werten, daß von Arafat palästinensische Interessen verraten wurden. Hamas erhält immer mehr Zulauf, weil die großen Ankündigungen Arafats mit der Lebenswirklichkeit in den teilweise immer noch besetzten, nach außen hin mittels Kontrollpunkten abzuriegelnden Gebieten nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Die PFLP und DFLP als linksnationale Opposition haben als Fehler inzwischen eingestanden, Arafat nicht schon Mitte der 80er Jahre, nach der Niederlage in Beirut, abgelöst zu haben; jetzt aber ist es für solche Selbstkritik reichlich spät, ihre gegenwärtige Rolle ist eher marginal; sie hatten zum Boykott aufgerufen.

## Ungelöste soziale und politische Probleme

Die Exilierten in den Flüchtlingslagern diverser arabischer und anderer Länder, ie politischen Gefangenen in Israel, die ungelösten sozialen und politischen Probleme in den halb-autonomen Gebieten und die fehlende Souveränität

Führende Persönlichkeiten aus der El Fatah wie die frühere Verhandlungsleiterin Hanan Aschrawi oder der ehemalige „Exil-Außenminister“ Faruk Kadoumi haben sich längst von der autokratischen Arafat-Administration abgewandt, die eine auf einer Unabhängigen Liste, der andere nach wie vor im Exil in Tunis. „Für viele politisch bewußte PalästinenserInnen war klar, daß Arafat nicht als Sieger kommt, sondern als einer, der der eigenen Niederlage zu entrinnen versucht. Und diese Rettung seiner persönlichen Karriere erfolgte auf Kosten der politischen Rechte der PalästinenserInnen, weil er alle israelischen Bedingungen akzeptiert hat“, so beschreibt Azmy Bishara von der Universität Bir Zeit den Wechsel in den halb-autonomen Gebieten. Er hatte bislang den gesamten „Friedensprozeß“ kritisch begleitet; heute hat dies zu vier getrennten Territorien geführt: Gaza, das Westjordanland ist in Nord und Süd geteilt, und der arabische Teil von Al Quds/Jerusalem.

Drei Punkte spielen über die Wahlen zum palästinensischen Autonomierat hinaus gegenwärtig eine größere Rolle als das scheindemokratische Verfahren und seine Ergebnisse selbst: die Gestaltung der palästinensischen Autonomieverwaltung und anderer Organe in der Westbank und im Gazastreifen, die Rolle von Hamas und die Frage nach möglichen Alternativen zum gegenwärtigen Prozeß.

1. Auf einer Konferenz in Paris Anfang Januar 1996 stellte sich heraus, daß von den bislang zugesagten Millionenbeträgen für die Finanzierung der palästinensischen Autonomie noch einige Schecks ungedeckt sind. 1993 waren insgesamt 2,4 Mia. Dollar für 5 Jahre zugesagt worden, damit die Verwaltung Arafats einsatzfähig ist. Diese Zusagen sind natürlich an Bedingungen geknüpft, weshalb auch zuerst die Polizei aufgerüstet werden mußte, um diese Bedingungen garantieren zu können. Allein aufgrund dieser Zusagen kann Arafat seinen Staat machen; die damit aufgebauten Infrastrukturen dient der neuen/alten Bourgeoisie als Korsett für ihre Anbindung an die internationale Wirtschaft. Dieser Zugang wird – über weiterhin lange Zeit – nicht ohne israelische Kontrolle erfolgen können: Außenhandel, Verkehr, Tourismus, etc. basieren auf einem Transfer durch israelisches Gebiet. Und Hotels mit Touristen aus Europa oder den USA befördern sicherlich nur am Rande die einheimische Wirtschaft! Bishara: „Es herrscht ein Feudalsystem: Veteranen, Mitglieder aus einflußreichen Familien ... werden im Sicherheitsbereich oder in den Ministerien ... untergebracht. Professionelle Kriterien spielen bei der Postenvergabe eine Nebenrolle ... Er versucht, eine patriarchalische Hierarchie zu schaffen mit den alten Klanstrukturen an der Basis und seinen engsten Käfern an der Spitze.“ Hieraus bleibt nach wie vor ein großes Potential an Unzufriedenheit erhalten.

2. Hamas als derzeit wohl stärkste Fraktion der Opposition wird darauf achten, daß „Islamische Werte“ in diesem Integrationsprozeß nicht verloren

gehen; Arafat arbeitet ihnen zu, indem er das traditionelle Leben wiederbelebt, das in der Zeit der Intifada fast zu einem Schimpfwort geworden war. Zugleich kann Hamas dabei die Unzufriedenheit vieler PalästinenserInnen mobilisieren, ohne ihnen zwar eine grundsätzlich andere Stoßrichtung zu geben, aber anknüpfen an eine dem kapitalistischen Westen gegenüber ohnehin ideologiekritische Einstellung. Die täglichen Schikanen z. B. an der Grenze zwischen Gaza und Israel bilden überdies für Wut und Ohnmacht ausreichend Potential,



Palästinenserinnen feiern vor dem Gefängnis in Dahariya (Westjordanland) den Abzug der israelischen Besatzungstruppen

läufig gesichert: Von den 88 Sitzen fallen die meisten der El Fatah und ihren zugehörigen „Unabhängigen“ zu, Männer bilden die übergroße Dominanz im neuen Rat, Präsident konnte niemand anderes als Arafat werden. Samiha Khalil, die 72jährige Frauenrechtlerin aus El Bireh bei Ramallah, hatte sich wenig Chancen gegen ihn ausrechnen können. Die Wahl war Fassade in einem Kampf um die Sicherung bourgeoiser Interessen, die Zurechtweisung von Ba-

über die Stadt Jerusalem werden nach wie vor daran erinnern, daß eine Lösung mehr benötigt als ein Kabinett von Jägern unter ihrem – nun auch – Präsidenten Arafat. Tatsächlich gibt es keine Selbstbestimmung in Palästina, sondern einen neuen Versuch zur – nunmehr von Arafat geführten – Stabilisierung von Unterdrückungsstrukturen. Die Elendsverwaltung z.B. im Gaza-Streifen ist an die palästinensische Autonomiebehörde abgetreten worden.

die Hamas kann davon profitieren. Ohne handfeste Zugeständnisse an ihre Forderungen werden diese Tendenzen nicht in einen Entwicklungsprozeß einbezogen werden können.

3. Kritische PalästinenserInnen versuchen, die Spielräume in diesem kapitalistischen Anpassungsprozeß auszunutzen – Alternativen dazu stehen derzeit nicht auf der Tagesordnung. Bishara: „Jetzt die Wahlen zu boykottieren, wäre ein gravierender Fehler; es sind wahrscheinlich die letzten halbwegs freien Wahlen, weil sie unter internationaler Kontrolle stattfinden. Wenn allerdings das Endziel des israelischen Bantustan-Plans verwirklicht wird, dann erscheint mir eine Explosion sehr wahrscheinlich.“ Welche Spielräume allerdings real vorhanden sind, macht z. B. die Festnahme eines palästinensischen Menschenrechtlers Anfang Januar 1996 klar. Bassam Eid von der Organisation „B'Tselem“ hatte mehrfach Verstöße der palästinensischen Polizei dokumentiert. Auch hatte Amnesty International schon vor einem Jahr auf die Inhaftierung von Hunderten von PalästinenserInnen aufmerksam gemacht; Folter, Misshandlungen, Anwaltausschlüsse und Tote (z. B. in Jericho) wurden dokumentiert. Auch in der Prozeßführung scheint sich das Staatssicherheitsgericht in Jericho an israelischen oder uralten jordanischen Methoden zu orientieren. „Heute haben die Leute Angst, frei zu reden. Das ist die größte Schandtat der Machthaber.“ (Bishara)

Machtwechsel in den halb-autonomen Gebieten ohne entscheidende Änderungen, kein Schritt zur Befreiung – die Wahlen können darüber nicht hinwegtäuschen. (mc)

Hinweise für weitere Informationen:  
Interview mit Azmy Bishara in SZ-Magazin vom 19.1.96  
Film von M. Mrakitsch: „Gaza - Fragmente“, SWF-TV vom 20.1.96

# Die Wahlen zur II. Duma in Rußland

Von  
Ernst Laboor

Am 17. Dezember 1995 hat die Bevölkerung Rußlands eine neue Staatsduma, das Unterhaus des russischen Parlaments, gewählt, das den Namen Föderale Versammlung trägt.

Nach dem für die Machthaber unerwünschten Wahlergebnis vom Dezember 1993 entwickelten diese eine politische Strategie, die eine Wiederholung zwei Jahre später unmöglich machen sollte. Dazu gehörten in erster Linie drei Ziele, 1. einen erneuten Wahlerfolg der ultranationalistischen Liberaldemokratischen Partei Rußlands und der linken Opposition, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und der Agrarpartei Rußlands, zuverlässig auszuschließen, 2. das Regime in erneuten Parlamentswahlen mit einem überragenden Sieg der die Regierung stützenden Partei zu legitimieren und 3., wenn möglich, die Präsidentschaft Boris Jelzins zu „verewigen“. Dazu sollte eine politische Kraft geschaffen werden, die die 1993 heillos zerstrittenen regimetreuen Elemente bündelt, die im linken und linkszentristischen Spektrum zu „wildern“ oder es auseinanderzutreiben vermag und die mit einem nationalpatriotischen Anstrich die LDPR und die Nationalpatrioten schwächt. Aber eine taktische Variante nach der anderen zur Durchsetzung des strategischen Anliegens scheiterte.

Im Frühjahr 1994 versuchte der Präsident mit dem Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht, die blutigen Ereignisse der Kanonade gegen das gewählte Parlament vom Oktober 1993 vergessen zu machen und die das Regime unterstützenden Kräfte zusammenzufassen, einen Teil der Opposition einzubinden. Für eine gewisse Zeit ist ihm das wenigstens teilweise gelungen. Die Parteien und Organisationen, die sich – wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen – in Opposition zum Regime befanden, vereiteln einen durchschlagenden Erfolg. Nach und nach verlor der Vertrag seine Anziehungskraft. Seit Sommer 1994 versuchte man krampfhaft, eine „Sozialdemokratie“ von oben her ins Leben zu rufen. Ex-Minister Marschall Jewgenij Schaposchnikow wurde zum „sozialdemokratischen“ Hoffnungsträger aufgebaut. Gewriil Popow, Anatolij Sobtschak, Michail Gorbatjow und Aleksandr Jakowlew, ja sogar Vertreter des neuen Geldadels fanden sich ein. Zur angenkündigen Parteigründung kam es nicht. Zu widerstreitend waren die Ambitionen der Aspiranten auf eine „Haus- und Hof-Opposition“. Übrig blieb Jakowlew, der am 18. Februar 1995 eine Partei der sozialen Demokratie ins Leben rief. Jelzins Botchaft an den Gründungskongress sprach von der Hoffnung, daß nun endlich die Kraft entstehen werde, die imstande ist, die „Demokraten“ zu einen. Einige der anderen „Mitspieler“ bildeten im Herbst den Wahlblock „Sozialdemokraten“ mit Popow als Spitzenkandidaten, der aber von den Wählern nicht angenommen wurde. Das Spiel mit der sozialdemokratischen Karte blieb ohne Erfolg.

Daraufhin kamen die (amerikanischen?) Berater des Präsidenten auf die Idee, Rußland das ihm fremde amerikanische Zweiheitsensystem zu oktroyieren. Die strategische Aufgabe wurde sozusagen zweigeteilt. Einem mächtigen Wahlblock der Regierung wurde die Aufgabe zuteil, alle unterstützenden Kräfte unter einem Dach zu sammeln. Ein zweiter, als zentristisch ausgegebener und mit etwas „sozialdemokratischer“ Farbung versehener Wahlblock sollte das „Wildern“ im linken

und linkszentristischen Spektrum übernehmen, mit vorgetäuschter Opposition die tatsächliche Opposition ausmanövriren. Premierminister Wiktor Tschernomyrdin gründete am 12. Mai 1995 den Regierungswahlblock „Unser Haus Rußland“. Nach beachtlichen Anfangserfolgen aber begann die „Partei der Macht“ zu stagnieren. Alle „Demokraten“ zu vereinen, war sie nicht in der Lage. Den zweiten Wahlblock zu schaffen, gelang Iwan Rybkin, dem mit dieser undankbaren Aufgabe betrauten Vorsitzenden der Staatsduma, erst in letzter Minute. Das Odium, im Auftrag des Präsidenten zu handeln, hat ihm nicht geholfen; und die Wähler haben ihn ins Abseits verwiesen.

In die strategische Orientierung der Oberen ist auch der Streit ums Wahlgesetz einzuordnen, den Jelzin im Sommer 1995 vom Zaune brach. U. a. forderte er, die Zahl der nach Parteilisten zu wählenden Abgeordneten von 225 auf 150 zu verringern. Auf diesem Feld hatte Jegor Gajdars „Rußlands Wahl“ 1993 die schmerzhafte Niederlage einstecken müssen. Statt dessen sollte der Anteil der Direktmandate von 225 auf 300 erhöht werden. Man hoffte, mit Hilfe der starken Exekutivorgane in den Regionen Gajdars Erfolg auf diesem Gebiet für „Unser Haus Rußland“ nicht nur zu wiederholen, sondern entschieden zu vermehren. In diesem Punkte sind die Vertreter der Duma hart geblieben. Unter den von ihnen eingeräumten Kompromissen wiegt der besonders schwer, der in den Parteilisten den den Moskauer Politikern vorbehaltenen Teil auf zwölf Plätze begrenzt. Die Dumavertreter ahnten damals noch nicht, welch Kuckucksei ihnen da ins Nest gelegt wurde. Für die Moskauer Politiker wurde es eng auf den Parteilisten. Also wurden immer mehr neue Wahlvereinigungen geschaffen in der Hoffnung auf erfolgversprechende vordere Plätze. Regionalpolitiker schufen Vereinigungen, die auf den ersten (Moskauer) Listenanteil verzichteten, und hofften so, in die Duma zu gelangen. Die Rechnung ging auf. Schließlich entstanden rund 70 Wahlvereinigungen, von denen 43 zur Wahl zugelassen wurden. Das Ziel aber, daß sich aus diesem Wirrwarr von Wahlblöcken und 5 675 Kandidaten die beiden vom Präsidenten gewünschten Blöcke um so mehr herausheben würden, ist vollkommen verfehlt worden. In Rußland gibt es kein Zweiparteiensystem. Die Gesamtstrategie der Macht für die Dumawahlen ist gescheitert.

## Die Strategie der KPRF

Die Hauptkraft der Opposition, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, hat ebenfalls ihre Strategie entwickelt. Sie war darauf gerichtet, das Regime in Wahlen zu delegitimieren, zu diesem Zwecke in einem breitestmöglichen Oppositiionsbündnis die entsprechende Kraft zu schaffen und den er strebten Wahlerfolg als Ausgangspunkt für den Kampf um eine prinzipielle Kurssänderung in der russischen Politik, d. h. ums Präsidentenamt, zu nutzen. Dieser Konzeption entsprach das Streben, die Wahlen unter allen Umständen stattfinden zu lassen, und die wachsame Beobachtung und Abwehr der Versuche von „demokratischer“ Seite, die Wahlen zu verschieben oder zu verhindern, wie beispielsweise die Attacke zur Verlängerung der Vollmachten des Präsidenten und des Parlaments. Ihr strategisches Konzept hat die KPRF in mehreren Varianten durchzusetzen versucht. Den ersten Anlauf zu einem breiten Opposi-

tionsbündnis unternahm sie schon 1993 mit der Teilnahme ihres Vorsitzenden, Gennadi Sjukanow, an der Front der nationalen Rettung. In ihr trafen sich Linke, Nationalpatrioten, Nationalisten bis hin zu Rechtsextremisten. Im Herbst begann die kunterbunte Front schon zu zerbröseln. Anfang Oktober ist sie endgültig gescheitert. Der zweite Anlauf erfolgte im März 1994 in Gestalt des linkszentristischen Zusammenschlusses „Eintracht im Namen Rußlands“, der als Gegengewicht zu Jelzins Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht gedacht war. Die Bündnisse blieben instabil und sind noch '94 zerfallen.

Die KPRF ist frühzeitig zu der Schlussfolgerung gelangt, daß sie selbständig in den Wahlkampf ziehen muß, da sich ihr Bündniskonzept nicht verwirklichen ließ. Diese Entscheidung hat Erfolg gebracht und auch die, angesichts des Medienboykotts das Wahlprogramm „von Mensch zu Mensch“, also im persönlichen Gespräch den Wählern nahezubringen. Noch in der Endphase des Wahlkampfes hat die KPRF versucht, den immer besorgter werdenden Ruf der Kommunisten vor Ort nach Einheit gerecht zu werden und ein Linksbündnis der kommunistischen Parteien zu standezubringen. Das ist an der Haltung der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei gescheitert, die verlangte, alle sollten sich ihren linksextremen Programmvorstellungen und ihrer weltfremden Orientierung auf einen gesamt russischen politischen Streik unterordnen.

Daß die Dumawahlen – nicht zuletzt dank des Wirkens der Opposition – fristgemäß und im ganzen nach demokratischen Regeln in Ruhe stattgefunden haben, daß sich also Attribute einer demokratischen Kultur in Rußland verfestigen, gehört zu den positiven Ergebnissen des Wahlprozesses. Die Ablehnung jeder Form von Extremismus, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat, ist ebenfalls zu den bedeutenden positiven Seiten zu rechnen.

## Die Wahlergebnisse

Die Wahlergebnisse haben ähnlich wie 1993 den professionellen Meinungsforschern und Analytikern und den Politikern eine Menge von Überraschungen beschert. Viele Prognosen haben sich als falsch erwiesen. Die positivste Überraschung betrifft wohl die Wahlbeteiligung. Noch im Sommer nahm man beim Streit zwischen Duma und Präsident allgemein an, daß sich kaum die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe entschließen wird. Die Opposition warf Jelzin vor, mit seiner Forderung nach Mindestbeteiligung von 50 % für die Gültigkeit der Wahl deren Ungültigkeit vorprogrammieren zu wollen. Schließlich wurde die Duma-Forderung nach 25 % Mindestbeteiligung durchgesetzt. Tatsächlich teilgenommen haben über 64,95 %. Das zeugt von einem spürbaren Anwachsen der politischen Interessiertheit der Bevölkerung, die jedoch nicht mit einer Bereitschaft gleichgesetzt werden darf, sich an Massenaktionen auf der Straße zu beteiligen. Analytiker begrüßen oder befürchten je nach politischem Standort, daß sich das Land weiter nach links entwickelt. Sie sagen voraus, diese Tendenz werde bis zu den Präsidentenwahlen anhalten.

Was die Stimmenanteile der Parteien angeht, so waren fast alle Prognosen fehlerhaft. Allgemeine Übereinstimmung gab es nur in der Auffassung, daß die KPRF einen bedeutenden Erfolg er-

zielen wird und daß nur wenige der 45 Wahlvereinigungen in die Duma einzehen werden. Allerdings sind's dann stattdes 6 oder 7 nur 4 geworden, die die Fünf Prozent-Hürde zu überspringen vermochten. Die wichtigsten Ergebnisse:

	%-Anteil nach der Listenwahl	Mandate	Direktmandate
KPRF	22,00	99	59
LDPR	10,99	50	1
Unser Haus			
Rußland	9,95	45	10
Jabloko	7,12	32	14

Das Fiasco der Wahlstrategie, mit der die Machthaber in das Rennen um Duma sitze gezogen sind, ist mit aller Deutlichkeit am zehnprozentigen Stimmenanteil des Regierungswahlblocks „Unser Haus Rußland“ abzulesen. Nimmt man die magere Ausbeute von nur 10 Direktmandaten hinzu, was einem prozentualen Anteil von 4,44% entspricht, so wird das Ergebnis noch niederschmetternder. Die antikommunistische Hysterie, in die sich der Präsident vor seiner Erkrankung und unmittelbar vor der Wahl auch persönlich eingeschaltet hat, hat sich unter den Bedingungen der Polarisierung der Gesellschaft nicht ausgezahlt. Die von der „Partei der Macht“ und von der Regierung in großem Stil betriebene Propaganda, nach der es der Mannschaft Wiktor Tschernomyrdins gelungen sei, dem Lande ökonomische Stabilität zu bringen, ist an der rauen Realität gescheitert, hat die unter – wenn auch langsamem – weiterem Wirtschaftsverfall, Inflation, Arbeitslosigkeit leidende Masse der Bevölkerung nicht überzeugen können. Die Mehrheit der Wähler hat ihre Ablehnung des offiziellen Präsidenten-/Regierungskurses unmissverständlich ausgedrückt. Die soziale Basis der „Reformer“ verringert sich. Die Stütze der Partei Tschernomyrdins ist die hohe Beamtenchaft im Zentrum und in den Regionen. Ihr Anschluß an die Partei hat zu ihrem raschen erfolgreichen Start und zum Aufbau einer gegliederten Organisationsstruktur geführt. Aber die Masse der Beamten ver sagt die Gefolgschaft. In jedem bürgerlich-demokratischen Land ist die Beamtenschaft an der Erhaltung der Regierung interessiert. Nicht so in Rußland. Dort wird von einer Zahl von über 15 Mio. Staatsbediensteten ausgegangen. „Unser Haus Rußland“ hat aber insgesamt weniger als 7 Millionen Stimmen bekommen. Das heißt, weit über die Hälfte der Beamten hat nicht für den Regierungsbloc gestimmt. Viele der „neuen Russen“ haben sich in der Wahl für solche neuen Vereinigungen entschieden wie „Tichonow-Tupolew“, „Tichonow“, „Allgemeine Sache“ und „Umgestaltung des Vaterlandes“, an deren Gründung ihre Vertreter regen Anteil nahmen. Wenn diese Wahlblöcke auch an der Sperrklausel scheiterten, zeigen sie doch, daß die 20% der Bevölkerung, die die Hälfte aller Geldmittel besitzen, keine gemeinsame Konzeption der Entwicklung des Landes haben, die Regierung nicht gemeinsam unterstützen, keine Solidarität mit ihr empfinden. Der Zerfall der „Reformer“ in ultraradikale wie Boris Fjodorows „vorwärts Rußland!“, radikale wie „Unser Haus Rußland“ und gemäßigte wie „Jabloko“ verstärkt diesen Eindruck noch.

Der Wahlblock „Jabloko“ (der Apfel) profitierte in der Wählergunst von seiner kritischen Haltung zur Wirtschaftspolitik der Regierung und zum Militäreinsatz in Tschetschenien. Mittelschichten einschließlich vieler Intellektueller fühlen sich von ihm vertreten.

Die allgemeine Wertschätzung, die sein Spitzenkandidat Grigorin Jewlinskij als seriöser Wissenschaftler und sauberer Politiker genießt, hat zum günstigen Abschneiden nicht wenig beigetragen.

Die Wahlresultate bestätigen, daß die Parteien und Bewegungen, die am Beginn des Jahrzehnts in der allgemeinen Demokratie-Bewegung die entscheidende Rolle gespielt haben, endgültig von der politischen Bühne abgetreten sind.

Die Prognosen, die der Liberaldemokratischen Partei Rußlands gestellt wurden, erwiesen sich als unzutreffend. Von dieser nationalistischen Partei hat sich die Hälfte der früheren Wähler abgewandt. Dennoch erreichte sie mit über 10% einen Stimmenanteil, der weit über dem allgemein prognostizierten lag. Die Autoren der Prognosen übersahen, daß keines der Probleme der sozialen Schieflage, gegen die die Wähler 1993 auch mit der Stimmabgabe für die LDPR protestierten, auch nur im entferntesten eine Lösung gefunden hatte. Und eine soziale Grundlage für extremistische Entscheidungen wächst sogar: die Schicht der Entwurzelten.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation wurde in den ersten Kommentaren von Freunden und Gegnern als der Sieger dieser Wahl bezeichnet. Die Führung der Partei warnte dagegen davor, aus berechtigter Freude über das Errungene in Euphorie zu verfallen, die den Blick für das noch nicht Erreichte trübt. 22% Stimmenanteil bei der Listenwahl und 20,6% bei den Direktmandaten waren ein Ergebnis, das von der Akzeptanz der Wahlausagen, von etwa gleich großem Einfluß im Zentrum wie in den Regionen und von der Richtigkeit der taktischen Entscheidung zeugte, vor allem auf die Kraft der Kommunisten zu bauen, die das Programm im Gespräch mit den Wählern verbreiteten. Rechnet man die 10 Direktmandate des Blocks „Die macht dem Volke“ unter Nikolaj Ryshkov und Sergej Baburin, die 20 Direktmandate der Agrarpartei Rußlands und das eine des von der RKAP geführten Blocks mit den 59 der KPRF zusammen, so hat die Linke in den Wahlkreisen die Unterstützung von 40% der Wähler gefunden. Den knapp 190 Sitzen der Linken werden sich noch einige „unabhängige“

Träger von Direktmandaten anschließen. Insgesamt werden die Linken weniger als die Hälfte der Mandate besitzen, nicht einmal die einfache Mehrheit haben. Gleichbleibendes Wählerverhalten vorausgesetzt, werden zum Sieg bei den Präsidentenwahlen etwa 36 Millionen Stimmen erforderlich sein. Am 17. Dezember 1995 haben die Linken weniger als zwei Drittel davon erhalten. Diese wenigen Zahlen umreißen das ganze Ausmaß der Aufgaben, die zu bewältigen sind, soll mit vollem Recht von einem wirklichen Sieg gesprochen werden. Den etwa 40% linker Mandate stehen in der Duma eine ebenso große Anzahl von Mandaten gegenüber, auf die sich die Regierung stützen kann. 20% gehören den Zentristen.

Einen schmerzlichen Verlust erlitt die Linke infolge des unerwartet schlechten Abschneidens der Agrarpartei mit knapp vierprozentigem Stimmenanteil bei den Listenwahlen. 20 Direktmandate zeugen davon, daß die Partei wenigstens in einigen Regionen vor Ort noch immer eine bedeutende Kraft darstellt. Michail Lapschin, der Vorsitzende, meinte spontan: „Der Umschwung der Stimmung der Massen nach links war so stark, daß sie die Station mit der Bezeichnung ‚Agrarpartei‘ übersprungen haben.“ Wladimir Isakow, der bisherige Vorsitzende des Dumaausschusses für Gesetzgebung, lotete da schon tiefer. Den Hauptgrund für das Debakel sah er in einer falsch gewählten Strategie der Kampagne. Man habe gedacht, die örtlichen Strukturen funktionierten von selbst. Was beide Spitzenpolitiker der Agrarpartei unerwähnt ließen: Einen Monat vor den Wahlen haben die Abgeordneten in der Duma für die Regierungsvariante des Staatshaushaltes gestimmt. (In diesem Punkte bestand eine grundlegende Differenz zwischen der KPRF und der Agrarpartei.) Nicht wenige Bauern haben sich deshalb der beständigeren Oppositionspartei zugewandt.

Eine der ganz großen Überraschungen dieser Wahl bereitete das unerwartet schwache Abschneiden des Kongresses der russischen Gemeinschaften. Bis unmittelbar vor der Wahl sagte man diesem Wahlblock den zweiten Platz im Wettbewerb um die Wählergunst und bis zu 15% der Stimmen voraus. Man

richtete sich – nicht nur in Rußland – auf eine einflußreiche Dumafraktion der KRG ein. Objektiv zielte die Mediakampagne darauf, Wähler sowohl vom linken und linkszentristischen Lager als auch von der LDPR abzuwerben und eine zentristische Kraft mit nachweisbar engen Beziehungen zu den Machtstrukturen zu stärken. Allein die Wähler bewahrten kühlen Kopf, folgten dem von Medien und „Analytikern“ erfundenen Sog ins zentristische Lager nicht und verwiesen den KRG in die Reihen der an der Sperrklausel Gescheiterten. Außer Lebed kannte der KRG keine zugkräftige Figur. Die politischen Akzente blieben dem Wähler unverständlich. Daß man sich für die russischen Gemeinschaften im „nahen Ausland“ einzusetzen muß, war für viele nachvollziehbar. Die Programme mehrerer Parteien und Wahlblöcke beinhalteten entsprechende Aussagen. Wozu aber eine Riesenkraft in Rußland dafür nötig sein sollte, wie sie der KRG anstrebt, blieb im Unklaren, wie auch seine sonstigen Absichten.

Der Krieg in Tschetschenien überschattete das gesamte Wahlgeschehen. Seinem Einfluß auf die Wahlen nachzugehen, wäre eine eigene Untersuchung wert.

#### Startrampen für den Kampf ums Präsidentenamt errichtet

Kommentare, die bei der These stehenblieben: „Dies war eine Protestwahl“, griffen zu kurz. Das Wahlergebnis vom 17. Dezember 1995 war keine einfache Wiederholung des Resultats vom Dezember 1993. Damals siegte Gajdars „Rußlands Wahl“ nicht so überlegen, wie man gehofft hatte. Das bedeutete eine Niederlage, wie der Einzug starker Fraktionen von LDPR und KPRF Protest ausdrückte. Die Wahl von 1995 war auch eine Protestwahl. Aber sie war viel mehr. Erstens manifestierte sich in ihr der Protest des aktiven und politisch überraschend interessierten Volkes und nicht des mit Waffengewalt eingeschüchterten von 1993. Zweitens erlangte sie objektiv die Funktion eines Referendums über das Vertrauen zu Präsident und Regierung. Beide hatten dem Wahlgang in ihrer Propaganda einen solchen Platz zugewiesen. Aber nur

jeder zehnte Wähler bekundete der Führung des Staates sein Vertrauen. Die Wahl erbrachte eine Ablehnung des gesamten von Präsident und Regierung gesteuerten Kurses. Auch die Wähler von „Jabloko“ lehnten ihn ab. Dazu haben die Wähler der Regierungspartei nicht wie zwei Jahre zuvor eine empfindliche Niederlage zugefügt, sondern sie vollkommen ins Abseits gestellt. In Rußland führt die absolute Minderheit die Regierung. In jedem anderen Staat der Welt müßte die Regierung zurücktreten, wenn die Opposition doppelt so viele Stimmen erhält wie sie selbst. Aber in Rußland gehen die Uhren dank der Jelzinschen Verfassung anders. Drittens haben die Wähler den Versuch abgewehrt, sich in 43 Teile zersplittern zu lassen. Sie haben jene gewählt, die ihnen als Repräsentanten ihrer Interessen bekannt sind, und die anderen zu Randscheinungen degradiert. Diese Wahlen haben erneut die Lehre vermittelt, daß künstlich gezimmerte zentristische Wahlblöcke kaum Chancen auf durchschlagenden Erfolg besitzen. Schließlich haben die Wähler viertens die „Demokraten“ endgültig als profilbestimmende politische Akteure von der politischen Bühne verbannt. Das betraf nicht nur Gajdars „Rußlands demokratische Wahl“, sondern auch die extrem liberalen Miniwahlbündnisse, deren Führungsfiguren aus den Reihen der „Demokraten“ hervorgegangen sind.

Die Verfassung stattet die Duma nicht mit Machtfull aus. Die besitzt allein der Präsident. Die Richtungsentscheidung über die künftige Entwicklung Rußlands wird also erst mit der Wahl des Präsidenten fallen. Die Dumawahlen dienten als Stimmungsbarometer, und sie halfen, die Startrampen für den Kampf ums Präsidentenamt zu errichten. Die meisten Aussichten auf Erfolg wird die Kraft auf sich vereinen, die ihre Organisationsstruktur voll funktionsfähig machen, die höchste Konsequenz in der Verfolgung ihrer politischen Ziele an den Tag legt und deren Politiker an der Spitze sich durch Prinzipialität auszeichnet.

*Prof. Dr. Ernst Laboor ist Mitglied der AG Friedens- und internationale Politik beim Parteivorstand der PDS.  
Aus Platzgründen stark gekürzt. Zwischenüberschriften von der Redaktion.*

## Dialog zwischen Zapatisten und der mexikanischen Regierung

### Ziele der EZLN sind die Verteidigung der Agrargenossenschaften und der Aufbau einer Selbstverwaltung

Am 10. Januar fand in Chiapas die 3. Tagung des Dialoges zwischen der EZLN (Ejercito Zapatista de Liberación Nacional) und der mexikanischen Regierung statt. Der folgende Artikel kann leider keine Ergebnisse liefern, aber ein paar Hintergrundinformationen.

Der indianischen, bäuerlichen Selbstorganisation, der EZLN, sind zwei Dinge wichtig: die Verhinderung der unter dem Druck der USA 1991 beschlossenen Änderung des Art. 27 der Verfassung und der Aufbau einer kommunalen Zivilgesellschaft. Beides richtet sich gegen die Verfügungsgewalt über ihr Leben durch die USA und den davon abhängigen mexikanischen Staat.

Der Art. 27 der Verfassung von 1917 regelt die Landverteilung. In ihm ist die Existenzgarantie der ejidos, der traditionellen mexikanischen Agrargenossenschaften, enthalten. Der Verkauf dieses Bodens ist verboten, um eine weitere Anhäufung von Großgrundbesitz zu verhindern. Allerdings ist es gängige Praxis, daß Großgrundbesitzer ihr Eigentum und seinen Erwerb über Familienmitglieder und Strohmänner ab-

wickeln und dadurch formal keine sind. So befinden sich große Ländereien in Chiapas in den Händen von 35 Familien, die alle durch ein schwer durchschaubares Geflecht von Abhängigkeiten und Beziehungen mit Regierungsmitgliedern verbunden sind oder selber welche sind.

Die Abschaffung dieser Regelung, also die Privatisierung des genossenschaftlichen Landes, war eine Bedingung der USA für den Beitritt Mexikos zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA. In Chiapas gibt es reiche Erdölvorkommen. Nordamerikanische Konzerne und mexikanische Unternehmen wollen u. a. die Privatisierung um einen reibungsloseren Zugriff zu haben. Eine weitere Verelendung und Landflucht in dem sowieso schon überlasteten Moloch Mexiko-Stadt wäre die Folge. In diesem Zusammenhang gibt es auch die Zusage der mexikanischen Regierung, die staatliche Erdölgesellschaft PEMEX zu privatisieren. Das war die Bedingung für die Vergabe eines 40-Milliarden-Dollar-Kredites der USA an Mexiko.

Andere Forderungen der Zapatisten beziehen sich auf eine Autonomie, die sich auf drei Bereiche erstrecken soll. Auf die Ebene der Kommune, auf die der municipales, das sind Regierungsbezirke mit einer Stadt und mehreren Dörfern, und auf regionaler Ebene, in der mehrere municipales zusammengeführt sind. Diese Autonomie soll kein Separatismus vom Staat bedeuten, wohl aber die Selbstbestimmung in der eigenen Verwaltung und Kultur ermöglichen. Der Staat soll von diesen Organisationen die Erlaubnis für die Ausbeutung der Rohstoffe beantragen, und Gelder aus den Profiten zurückzustatten. Damit soll die materielle Basis geschaffen werden, um aus der drückenden Unterentwicklung herauszukommen.

Kern der sich herausbildenden Zivilgesellschaft sind die Selbsthilfegruppen und sozialen Organisationen. In Chiapas gibt es das CDSA (Demokratischer Zusammenschluß Chiapas), in der 84 solcher Gruppen organisiert sind. Als wichtigstes Bündnis sind sie ebenso wie die EZLN einer starken Repression ausgesetzt. 40 500 Soldaten, ein Drittel der

Armee, sind in Chiapas stationiert. Ende letzten Jahres befanden sich rund 1200 Menschen als Geiseln in Haft, ebensoviel Häuser wurden niedergebrannt. 65 Personen wurden vom Militär und den Todesschwadronen der Großgrundbesitzer allein 1995 ermordet. Mit der Korrumperung durch Geld soll das Bündnis gespalten werden, was in einigen wenigen Fällen auch gelang. Um dieser Spaltung entgegenzuwirken, organisierte das Bündnis am 20. November letzten Jahres 27 Straßenblockaden und brachte so den Verkehr in Chiapas weitgehend zum Erliegen. Eine Erklärung der EZLN Ende Dezember berichtet über zunehmende Truppenbewegungen und Drohmanöver im Vorfeld der Feierlichkeiten zum zweiten Jahrestag der Aufnahme des Kampfes. Die EZLN versicherte, selber keine militärischen Aktionen vorzubereiten, sondern den Frieden, der durch den Dialog erreicht werden soll. (ta)

(Quellen: Interview mit CONPAZ, Koordination der Nicht-Regierungsorganisationen für den Frieden in Chiapas; El Nacional v. 30.12.95, div.)

# Ein Abend beim BFB

## Ausblick einer Zukunft, die nicht sein muß

München. Der Bund Freier Bürger (BFB) sammelt zur Zeit in mehreren bayerischen Kommunen Unterschriften für die Zulassung zur Kommunalwahl und hat dabei nach eigenen Aussagen erhebliche Probleme. In München hat der BFB seine Hochburg. Brunner war vor seiner Zeit als Europa-Beamter Münchener Kommunalpolitiker, und im jetzigen Wahlkampfouteten sich mit Polizeipräsident Koller und Kreisverwaltungsreferent Uhl zwei hohe Beamte als Brunnerfreunde. Koller und Uhl traten am Donnerstag, den 14. Januar, als Wahlredner auf einer BFB-Veranstaltung zum Thema Sicherheit an, obwohl im Vorfeld ihre Dienstvorgesetzten (Innenminister Beckstein für Koller, Oberbürgermeister Ude für Uhl) schwere beamtenrechtliche Bedenken geäußert hatten.

### Proteste der Jusos

Unter der Parole „Braunes Pack im Bürgerfrack“ hatten u.a. die Münchner Jusos zu einer Gegenkundgebung vor dem Eingang des Pschorr-Kellers auf der Schwanthalerhöhe aufgerufen. Die vielleicht 800 bis 1000 Besucherinnen und Besucher mußten die Gegenkundgebung passieren, sie wurden unüberhörbar auf die Zusammenhänge zwischen der Brunner Partei, den österreichischen Rechtsradikalen und bekannten Münchner Nazis und den Reps hingewiesen lassen. Zur Veranstaltung kamen meist etwas ältere Leute, oft Ehepaare, man hatte sich ein bißchen fein gemacht, kleine Selbständige, Beamte der unteren Ränge vielleicht. Diese kleinen Leute, vormals eine tragende Schicht des Stadtbürgertums, in der modernen Yuppimetrople aber bei nahe schon ein Randmilieu, versuchten jene hohen Beamten nach rechts zu verschieben und anzuplocken. Wie?

### Brunners Erzählung

Brunner begann den Abend mit einer wissenschaftlich verbrämten Irreführung. Er behauptete, daß politische Gemeinwesen aus dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger entstünden. Dies zei-

ge schon der Name Bürger, der Menschen bezeichne, die sich unter dem Schutz einer Burg angesiedelt hätten, um Sicherheit zu finden.

In diesem Geschichtsbild gehen wichtige Tatsachen unter. Das große Sicherheitsproblem der Städte des Mittelalters war nicht der Schutz durch den Ritter, sondern der Schutz vor dem Ritter, der in der feudalen Gesellschaft die Staatsmacht repräsentierte. Die Städte bildeten sich außerhalb dieser Verhältnisse. Technisch war ihre Grundlage die arbeitsteilige spezialisierte Handwerkssarbeit, rechtlich die Zunftgenossenschaft. Für die adligen Grundherren entwickelte sich die Stadt in einem Hauptpunkt zum rechtsfreien Raum. Sie konnten ihre entlaufenen Leibeigenen nicht ohne weiteres in die Stadt verfolgen, sie mußten sich schließlich damit abfinden, daß ihre Rechtsansprüche nach Jahr und Tag als ersatzlos verfallen galten. Brunner hingegen erzählt eine Untertanengeschichte, der Staatsbürger wird zum Staatsmündel, seine zivilisierteren Handlungen sind ihm durch Gesetz und Gewalt bloß abgepreßt, im Mitmenschen lauert dem Menschen die Gefahr auf, die Obrigkeit ist seine Zuflucht. Geschichte, auf diese Art erzählt, formt das politische Denken. Die sozialen, kulturellen und auch die ganz alltäglichen und persönlich erlebten Lebenskrisen können nicht mehr analysiert, durch Nachdenken aufgeschlossen werden. Sie fallen in die Kategorie von Bedrohung, und je stärker die Bedrohung, um so stärker das Bedürfnis nach einer Autorität, die schützt. Brunners Geschichtserzählung hat das Publikum nicht gerade mitgerissen, sie diente der Einstimmung.

### Kriminalität bei Koller

PP Koller hielt einen eher vorsichtigen Vortrag aus der Kriminalstatistik. Es wäre wohl möglich gewesen, aus dieser Statistik etwas über die sozialen und kulturellen Krisenbereiche des modernen Lebens zu erfahren. Koller tendiert in diese Richtung nicht. Er glaubt –

nicht selten bei Polizeibeamten – an fürs Verbrechen disponierte Personengruppen. Diese Meinung mag aus einer denkfehlerhaften Umsetzung von Fahndungsroutine in politische Folgerungen entstehen. Aber da wird es dann gefährlich. Politisches Denken, das die Häufung von Kriminalfällen in katalogisierbaren Lebenszusammenhängen nicht als Hinweis auf eine soziale Kriminalität verstehen kann, sondern „den Täter“ als politisches Problem sieht, verfällt regelmäßig auf die Idee, Sicherheit durch Einsperren, Wegsperrn, Hinrichten, durch Rasterfahndung, Vorbeugehaft und Schutzhaft zu suchen. Ist der Mensch weg, ist die Gefahr gebannt ... So begründet die Kriminalitätsrate die Abschiebepolitik für Ausländer. Die nächste Frage wäre dann, was mit dem „Kriminellen“ geschehen soll, der nicht ausgewiesen werden kann? Eine andere, wie Perso-

puncto Belastung durch Schwerstkriminalität hinter sich gelassen hat. Daraus zu folgern, daß sich vorwiegend kriminell disponierte Personen um dieses Amt bewerben, wäre albern. Vernünftigerweise denken wir dabei eher an die Abwehr des Faschismus und demokratische Kontrolle der Exekutive.

Uhl vergreift sich an Armen ...

Der Vortrag des Kreisverwaltungsreferenten war durch abstoßenden Zynismus und Effekthascherei geprägt. Uhl versuchte die Obdachlosen und Bettler, die mit der Hinwendung der BRD zur konservativen Wirtschaftspolitik seit Beginn der achtziger Jahre immer mehr werden, als Menschen hinzustellen, die der Öffentlichkeit etwas wegnehmen. Sie würden frech die schönsten Stellen der Stadt sich als „Wohnzimmer“ und oder auch zur Toilette aneignen. Uhl, der von der Bedrohung des Reichtums durch die Armut ausgeht, meinte wohl, daß sich dieses Gefühl in der Beziehung zwischen den kleinen Leuten und den völlig gescheiterten aufhetzen ließen. Aber hier blieb der Beifall aus, und in der Diskussion wandten sich auch offensichtliche Anhänger des BFB gegen Uhs offen zur Schau getragene Verachtung des ins Unglück geratenen Mitmenschen.

... und hetzt gegen Suchtopfer

Ganz anders, als Uhl davon sprach, die Drogenszene vor sich hertrieben zu wollen. Da waren die Leute nicht in der Lage, über die Drogenproblematik nachzudenken. Sie wollen Rauschgiftsuchtig in ihrem Lebensumfeld nicht sehen. Dahinter liegt wohl die panische Angst, die eigenen Kinder am Rauschgift verderben zu sehen. Man macht sich vor, Rauschgiftkonsum sei eine Art schlechter Gewohnheit, die gar nicht aufkäme ohne schlechtes Beispiel, üblichen Umgang, die direkte Anreizung. Das bierzelartige Gegröße, mit dem die Ankündigung von Gewaltmaßnahmen quittiert wurde zeigt, daß in diesem Punkte die Hoffnung auf die Autorität unerschüttert feststeht, und die Forderung nach Legalisierung nicht verstanden wird. Und wenn es auch ein politisch rechts eingestelltes Publikum war, das da – man muß wohl sagen wie besoffen – johlte, wird doch ein Defizit in der öffentlichen Mei-



nengruppen mit hoher Kriminalitätsbelastung unter Ausnahmegesetz gestellt werden könnten. – In dem umfangreichen statistischen Material, das Herr Koller über allerhand Personenkreise präsentierte, fehlt die eigentlich gut abgrenzbare Gruppe der Münchener Polizeipräsidienten, die in diesem Jahrhundert wohl die meisten Berufsgruppen in

## Über 100 Bürgerbegehren in Bayern angelaufen

München. Nachdem die Aktion „Mehr Demokratie“ ein demokratisches Gesetz für kommunale Volksentscheide seit dem 1. Oktober 1995 durchgesetzt hat, sind in Bayern über 100 Bürgerbegehren angelaufen. In München hatte es der ursprüngliche Volksentscheidsgegner, CSU-Chef Peter Gauweiler, plötzlich sehr eilig, die CSU- und Kapitalistenforderung „Drei Tunnels braucht der Mittlere Ring“ zur Abstimmung zu stellen. Dagegen mobilisierten Initiativen um „Das bessere Bürgerbegehren“ für Kindergärten, Altenheime und Nahverkehr statt Milliarden-Tunnelprojekt. Die CSU denkt, sie kann in Bierzeltnier Stimmungsmache betreiben. Dabei vergißt die Partei, daß das Gesetz zum Volksentscheid erst durch bewußte Entscheidung des Volkes entstanden ist. Bei den jetzigen Bürgerbegehren zu einer ganzen Palette von Kommunalthemen sind nicht Stimmungsmache gefragt, sondern politisch begründete Meinungen. In Oberstdorf nahm sich der Bürgermeister stattdessen die Freiheit, auf den Unterschriftenlisten, mit denen der Erhalt einer Jugendstilvilla gefordert wurde, nach Mitarbeitern der Marktgemeinde zu suchen und die-

se anschließend in einem Rundschreiben zu ermahnen. Das brachte ihm aber nur die Aufmerksamkeit des Datenschutzbeauftragten und des Personalrats ein. Die Diskussionen um das Für und Wider kommunaler Projekte haben erheblich zugenommen und bewegen viele Menschen. (baf)

## Mieterhöhungen in städtischen Wohnungen

Frankfurt. Die Mieter von 25000 Wohnungen städtischer Gesellschaften in Frankfurt müssen in diesem Jahr mit einer Mieterhöhung von durchschnittlich 20%, teilweise auch 30% rechnen. Das kündigte die kommunale Wohnungs-Holding zu Beginn des neuen Jahres an. Betroffen sind die Mieter der ehemals öffentlich geförderten und in freifinanzierten Wohnhäusern der fünf städtischen Unternehmen: Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen, AG Hellerhof, Frankfurter Aufbau AG, Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnheime und Arbeiterwohnungen und Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Mietwohnungsbau. Nicht betroffen sind die Mieter in den rund 25000 Sozialwohnungen dieser Unternehmen. Begründet wird die Mieterhöhung,



Obdachlose haben folgende Forderungen an die Stadt gerichtet: 1. eine Tag und Nacht geöffnete Wärmostube; 2. einen Bauwagenplatz und leerstehende Häuser, um Obdachlose zu ermöglichen, in Solothurn und oligovertretlich ihr Wohnproblem zu lösen; 3. eine öffentliche Diskussion über die Verantwortungshaltung der Stadt und ihre angeblich ausreichenden Ersatzangebote.

(jhd; Foto: al/mz)

nung sichtbar. Koller und Uhl als Praktikern und Fachleuten kann vorgeworfen werden, daß entscheidende Aspekte der Drogensucht verschwiegen wurden. Es ist ja vor allem die Beschaffungskriminalität, die die Drogensüchtigen fertig macht und ihnen den Rückzug verbaute, es ist vor allem die enorme Profitrate der Großdealer, die aggressive Verbreitungsstrategien hervortreibt. Die BFB-Strategie, die der bedrohten Sitte mit Staatsorganen helfen und Tätern die Härte des Gesetzes weisen will, kommt an.

#### Ausländerfeindlichkeit

Der weitaus gefährlichste Punkt der rechten Mobilisierungsstrategie bleibt die systematische Abgrenzung zwischen den Deutschen und den Ausländern. Der BFB stellt sich an dieser rechtlichen Grenzlinie auf und stellt die Alternative zwischen Integration und Abschiebung auf. Die Integration betrifft keineswegs bloß Fragen wie die Kenntnis und Achtung der Gesetze, es geht um die gesamte Lebensweise. In der Tradition der deutschen Staats- und Gesellschaftsbildung finden sich kaum Verhaltensweisen eingewöhnt oder begründet, die ein nachbarschaftliches Miteinander bei Beibehaltung von Unterschieden in der Lebensweise zulassen würden. Schon die Nationalhymne verlangt als erstes: Einigkeit! Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund und unterschiedlichen Strategien der Problembewältigung wird in Folge der Weltwirtschafts- und Weltordnungspolitik, die ganze Regionen mit Aussichtslosigkeit, Hunger und Krieg bedroht, zu einer gesellschaftlichen Überlebensfrage.

Der BFB ist ein eigener rechtsextrem Mobilisierungsversuch, aber er nimmt auch Brückenfunktion zwischen den Reps und der CSU wahr. Obwohl Konkurrenz der CSU, funktioniert er auch als Zutreiber, gerade durch die Vermittlung zwischen dem Ausländerhaß der Faschisten und dem zwanghaften Integrationsdenken der CSU. Im Münchner Kommunalwahlkampf geht es der — so gesehen vereinigten — Rechten ganz wesentlich darum, die wenigen Institutionen und städtischen Hilfen abzuschaffen, die Diskussionsbereitschaft und solidarisches Zusammenleben begünstigen. (maf)

ankündigung von Holding-Geschäftsführer Frank Junker mit dem Wegfall der hessischen Miethöheverordnung, die bisher nur eine Anhebung der Miete um jährlich 5% zuließ. Der neue Spielraum von bis zu 30% Erhöhung in drei Jahren werde „voll ausgeschöpft“. Es ist zu befürchten, daß diese Ankündigung letztendlich auch Auswirkungen auf die künftige Fortschreibung des Frankfurter Mietspiegels haben wird.

*Pressemitteilung des Deutschen Mieterbundes, Landesverband Hessen*

#### Ostermarsch Ruhr 1996: „Frieden jetzt!“

Essen. Auch in diesem Jahr wird es einen dreitägigen Ostermarsch Ruhr geben. Das wurde bei der Friedensversammlung Ruhr beschlossen, die am 13.1. in Dortmund stattfand. Ganz „traditionell“ geht es am 6.4.1996 in Duisburg los, am 7.4. von Essen nach Bochum und am 8.4. von Bochum nach Dortmund. Die Strecke von Essen nach Bochum soll eine Fahrradaktion werden. Gerade in diesem Jahr kann der Ostermarsch dazu beitragen, daß sich der Widerstand gegen die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegseinsätzen sammelt. Der nach ausführlicher

## Essener Bündnis klagt gegen Polizeieinsatz

### Überzogener Polizeieinsatz steht vor Gericht

Essen. Am 9. und 10.12. 1994 fand in Essen ein Gipfeltreffen der EU statt. Von einem breiten Bündnis wurde ein Gengipfel in Essen veranstaltet. Eine geplante Demonstration wurde jedoch verboten. Trotz des Verbots kam es am 10.12.1994 zu verschiedenen Demonstrationsversuchen in der Innenstadt, gegen die die Polizeikräfte mit äußerster Härte einschritten. Die Bilanz des Polizeieinsatzes waren zwei große Einkesselungen von Demonstrant/innen, aus denen schließlich mit über 900 festgenommenen Personen die größte Massenfestnahme der deutschen Nachkriegsgeschichte resultierte.

Knapp ein Jahr danach haben mehrere Betroffene rechtliche Schritte gegen den Polizeieinsatz eingeleitet. Die Klage soll den verantwortlichen Personen

aus Politik und Polizei verdeutlichen, daß offensichtlich willkürliche polizeiliche Maßnahmen nicht wehrlos hingenommen werden. Außerdem soll auf die andauernde strafrechtliche Verfolgung von ca. 30 Personen aufmerksam gemacht werden. So wurde z.B. ein 15jähriger

Schüler wegen Sachbeschädigung angeklagt. Ihm droht eine Schadensersatzforderung von 100000 DM, weil er den Boden der Polizeischießhalle, in der er festgehalten wurde,

beschädigt haben soll. Die Anschuldigungen, die scheinbar der Rechtfertigung des Polizeieinsatzes dienen, beruhen auf zweifelhaften Anschuldigungen. Im Gegenzug klagen nun drei Personen

gegen ihre Einkesselung und Gewahrsamnahme. Vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen soll in einer Fortsetzungsfeststellungsklage die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes überprüft werden. Die Kläger gehen von einem Urteil zu ihren Gunsten aus, da die Polizei an mehreren Stellen offensichtlich rechtswidrig und völlig unverhältnismäßig gehandelt hat.

Von der Massenfestnahme sind so gut wie keine strafrechtlich relevanten Vorwürfe übriggeblieben. Wegen „Geringfügigkeit“ hat die Polizei selber die knapp 800 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz eingestellt. So bescheinigt sich die Polizeiführung selbst, überzogen reagiert zu haben. In vergleichbaren Fällen, z. B. den Hamburger oder Münchner Kesseln, wurden Einkesselungen bisher von allen juristischen Instanzen als eindeutig rechtswidrig verurteilt.

(Nach: Presseerklärung des Essener Bündnisses)



## Ausländerwahlrecht in Bayern

### Wahlbehinderung und zynische Diskriminierung bei den Kommunalwahlen

Schweinfurt. Bekanntlich hat der Freistaat als einziges deutsches Bundesland per Landesgesetz der Wahlbeteiligung von EU-Ausländern an den Kommunalwahlen eine besondere Hürde vorgesetzt, ein schikanöses spezielles Antragsverfahren zwecks Aufnahme in das Wählerverzeichnis. Im diskriminierenden Jargon der Schweinfurter Tagblatt-Redaktion, wo anscheinend vor allem das Essen die Gemüter bewegt, so beschrieben: „Allerdings läuft die Aufnahme des italienischen Pizzabäckers oder des griechischen Gemüsehändlers ins Wählerverzeichnis nicht automatisch. Erst ein Antrag bahnt den Weg zur Wahl.“ (Schweinfurter Tagblatt, 13.1.96) Die Stadt Schweinfurt, mit ihrer SPD-Mehrheit im Stadtrat,

hielt es nicht für nötig, die wahlberechtigten Ausländer über dieses Verfahren per Anschreiben zu informieren.

„Ganze zehn Anträge liegen bislang vor“ (von 1085 Wahlberechtigten) so der süffisante Kommentar des zuständigen Amtsleiters H. Bauer (Einwohnermeldeamt) zum Ergebnis dieser Politik. „Vergebliche Mühe“ prophezeit Bauer weiter und verweist auf die Europawahl 1994, wo nur 44 EU-Ausländer trotz einer Informationsbroschüre der Stadt gewählt hätten. (ST, 13.1.96) Dazu muß man wissen, daß bei der Europawahl für EU-Ausländer die attraktivere Alternative bestand, im Herkunftsland die dortigen „eigenen“ Parteien zu wählen.

Man kann schon sagen, der Amtsleiter leistet Amtshilfe, um sich seine eigene

Vorstellung vom politisch uninteressierten, dumpfen „Gastarbeiter“ bestätigen zu lassen.

Mittlerweile hat der Ausländerbeirat die Initiative ergriffen und von der Stadt die Herausgabe einer Informationschrift gefordert. Was macht die Stadt? Als Kompromiß erstattet sie dem Ausländerbeirat anfallende Portokosten, damit er die Broschüre in deutscher Sprache selbst verschickt! Sein Amt sei personell überlastet, so die Begründung Bauers. Noch sind ein paar Wochen Zeit – bis zum 8. Februar –, um die Eintragung ins Wählerverzeichnis zu beantragen. Die Aktion des Ausländerbeirats wird dafür sorgen, daß die amtliche Wahlsabotage nicht aufgeht.

(cls)

Diskussion beschlossene Aufruf zum Ostermarsch Ruhr stellt die Kritik am Einsatz im ehemaligen Jugoslawien an die erste Stelle, wenn er auch schärfer sein könnte. Ein Aufrufentwurf des Bochumer Friedensplenums, der sich „gegen die Militarisierung der deutschen Politik“ wandte, war jedenfalls deutlicher, fand allerdings keine Mehrheit als Diskussionsgrundlage.

Anfang März soll eine Zeitung herauskommen, möglichst gemeinsam mit den Organisatoren der Ostermärsche im Rheinland. Sie soll antimilitaristischen Argumenten einen Platz geben und für die Ostermärsche werben. (wof)

den Kurdinnen und Kurden weitergeführt werden. Das Komitee will dazu beitragen, daß auch die kurdische Bevölkerung ihre sozialen, kulturellen und politischen Interessen demokratisch und legal äußern kann. Dafür arbeiten im Newroz-Komitee der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein, zwei türkische Organisationen und einzelne Personen verschiedener Nationalitäten zusammen. Das Komitee sucht weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und darüber hinaus möglichst zahlreiche Menschen, die das Anliegen in der Öffentlichkeit unterstützen. Der Landesvorstand der PDS Baden-Württemberg hat die Unterstützung des Newrozfestes beschlossen. Er begrüßt, daß ein multikulturell zusammengesetztes Newroz-Komitee, in dem auch türkischen Organisationen beteiligt sind, die Newroz-Vorbereitungen übernimmt, weil dadurch die internationale Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gestärkt wird.

(ulk)

in Westdeutschland ist Eigentum von lediglich 5,5 Prozent (im Osten 10,8 Prozent) der Haushalte. Beim Immobilien-eigentum zeigt sich ein ähnliches Bild. In Westdeutschland verfügen etwa 5,8 Prozent der Haushalte über 31,6 Prozent aller Häuser, Wohnungen und Grundstücke. In Ostdeutschland ist die Konzentration noch viel stärker: Hier besitzen 2 Prozent der Haushalte 30,7 Prozent der Immobilien.

Auf der anderen Seite stieg die Steuer- und Abgabenbelastung in Westdeutschland 1994 erstmals schneller als die Brutto-Arbeitseinkommen. Kumulierte seit 1980 haben die Arbeitseinkommen netto und unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bis 1994 lediglich 2,5 Prozent zugelegt. Die Gewinne der Unternehmen stiegen 1994 um 10,8 Prozent und im ersten Halbjahr 1995 um 9 Prozent. Das WSI-Institut kritisiert, daß der Staat bei der Steuergesetzgebung offensichtlich ein unterschiedliches Maß anlege. Nur so sei zu erklären, daß den Selbständigenhaushalten seit 1982 mehr als ein Viertel ihrer Abgabenlast genommen worden sei, während alle anderen Erwerbstätigtenhaushalte mehr oder weniger stark belastet wurden. (aus: Informationsblatt Linke Kommunalpolitik 1/96. Weitere Quellen: WSI, SZ 10.12.95)

### Newroz-Komitee gegründet

Stuttgart. Am 8. Januar gründete sich das Newroz-Komitee 1996 Stuttgart. Ziel des Komitees ist es, auch 1996 das kurdische Neujahrsfest Newroz friedlich und legal zu feiern. Wichtig ist dem Komitee, die Unterstützung der Stadt Stuttgart auch für das Newroz-Fest 1996 zu gewinnen. Damit soll die „Stuttgarter Linie“ in der Ausländerpolitik, die das gute Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen aller Nationen in der Stadt sichern will, auch gegenüber

### Vermögenskonzentration in Deutschland

Düsseldorf. Knapp ein Drittel des gesamten privaten Netto-Geldvermögens

## Protest gegen Auslieferung von Benjamin Ramos Vega

Knapp 100 Menschen folgten am 12. Januar in Berlin einem Aufruf der „Roten Hilfe“ und des „Solidaritätskomitees Benjamin Ramos Vega“ und fanden sich vor dem Berliner Justizsenat zu einer Kundgebung für den mit Auslieferung an Spanien bedrohten Benjamin Ramos Vega (siehe PB 1/96) ein. Der 33-Jährige war am 30. Dezember in einem unbefristeten Hungerstreik eingetreten. Bei einem Besuch seiner Ehefrau am 11. Januar sagte Ramos Vega, er sei geschwächt, aber entschlossen, mit allen Mitteln seine Auslieferung nach Spanien zu verhindern.

Die Verteidiger von Benjamin Ramos Vega haben Verfassungsbeschwerde gegen die Auslieferung eingelegt. Außerdem reichten sie beim Bundestag eine Eilpetition ein, um womöglich auch auf diesem Wege eine Auslieferung zu verhindern.

Am 13. Januar setzte Ramos Vega seinen Hungerstreik vorübergehend aus, nachdem die Verfassungsbeschwerde seiner Anwälte beim Gericht eingegangen war. Durch den 14-tägigen Hungerstreik hatte er zu diesem Zeitpunkt um sieben Kilo abgenommen. Falls das Verfassungsgericht die Beschwerde seiner Anwälte abweist, will er sofort wieder in den Hungerstreik treten. (rül)

## Volksbegehren in Brandenburg gegen Havelausbau

Das „Aktionsbündnis gegen den Havelausbau“ hat am 15. Januar beim Landtagspräsidenten in Brandenburg die Einleitung des ersten Volksbegehrens in Brandenburg beantragt. Seit 1992 wehrt sich das Aktionsbündnis gegen die Verbreiterung und Ausbaggerung der Havel auf vier Meter Tiefe. Die Bundesregierung will mit diesem Projekt eines von 17 Projekten des Verkehrsprogramms „Deutsche Einheit“ - die Havel auch für große Lastschiffe befahrbar machen. Anwohner des Wasserwegs wehren sich dagegen. Bereits zum Sommer letzten Jahres hatte das Bündnis 39.000 Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. Laut Landesver-

fassung müssen nun Landesregierung und Landtag der Einleitung eines Volksbegehrens zustimmen. Notwendig sind dann im Volksbegehren 80.000 Unterschriften, um die Landtag zu zwingen, sich erneut mit dem Havelausbau zu befassen. Das Bündnis verlangt, die Landesregierung solle notfalls über eine Bundesratsinitiative das Projekt stoppen. (rül)

## Bündnis gegen Länderfusion

Am 14. Januar haben Gegnerinnen und Gegner der geplanten Länderfusion Berlin-Brandenburg in Neu Fahrland bei Potsdam ein „Bündnis für Brandenburg“ gegründet. Dem Bündnis gehören unter anderem Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, des BUND und der ÖTV an. Im Vorfeld der Gründung kam es zwischen Mitgliedern des Juso-Landesvorstands über die Beteiligung an dem Bündnis zu einem heftigen Streit, drei Mitglieder des Landesvorstandes traten zurück. Auch die PDS Brandenburg lehnt die Länderfusion ab, die ÖTV hat starke Vorbehalte angemeldet und will im März entscheiden, ob sie ihre Mitglieder aufruft, gegen den Fusionsvertrag zu stimmen. (rül)

## SPD-Brandenburg billigt reaktionäres Polizeigesetz

Die SPD-Fraktion, die im Brandenburger Landtag die absolute Mehrheit hat, hat am 16. Januar den umstrittenen Gesetzentwurf von Innenminister Ziel für ein neues Polizeigesetz gebilligt. Eine Verabschiedung im Landtag scheint damit sicher. Wenn das geschieht, darf die Polizei künftig nach richterlicher Zustimmung zur angeblichen „Vorbeugung von Straftaten“ Privatwohnungen abhören (Großer Lauschangriff) und Personen bis zu vier Tage in „Sicherheitshaus“ nehmen. Außerdem erlaubt der Gesetzentwurf Polizisten „zur Rettung von Menschenleben“ ausdrücklich den gezielten Todesschuss. Selbst aus der Berliner SPD hatte es Kritik an dem Gesetzentwurf gegeben. Grüne, PDS und Bürgerrechtsgruppen in Brandenburg lehnen den Entwurf strikt ab. (rül)



Etwas einhunderttausend Menschen beteiligten sich in Berlin am 14. Januar an dem inzwischen jährlichen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. An einer Demonstration vom Leninplatz zur Gedenkstätte beteiligten sich etwa 5.000 Personen. Woll darunter eine Person eine kurdische Fahne mittrug, griffen marxistische Polizeikräfte wiederholt den Demonstrationszug an und versuchten, die Fahne zu beschlagnahmen. Bei den dadurch provozierten Auseinandersetzungen mit wildem Knüppel-Einsatz der Polizei wurden mehrere Menschen zum Tode oder schwer verletzt und ca. 20 bis 30 Personen vorübergehend vorhaftet. Gegen Ende der Gedenkveranstaltung stürmten etwa 200 Polizeibeamte mit Mannschaftswagen in die Sackgasse vor der Gedenkstätte, zertrümmerten Infostände, griffen eine Theatagruppe der „Antifa M“ aus Böttingen an und riegelten die Gedenkstätte ab. Es gab erneut zahlreiche Verletzte und Verhaftungen. Der „Bund der Antifaschisten“ sammelt jetzt Fotos und Zeugenaussagen, um gegen die polizeilichen Überfälle vorzugehen. Der PDS-Landesparteitag vorurteilte das Vorgehen der Polizei schief, die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus fordert eine Beratung im Innenausschuss. (rül, Bild: Jungo Welt, 15.1.96)

## „Rentenrecht darf nicht Strafrecht bleiben“

Aus dem Beitrag von Hans Modrow, PDS

„Im Grundgesetz ist von der Gleichheit aller Bürger und vom Schutz des Eigentums die Rede. Doch gerade diese Grundsätze werden ... in der Rentenfrage für Bürgerinnen und Bürger der DDR, die heute Bundesbürger sind, verletzt ... Dabei erheben die DDR-Bürger ... gar nicht einmal Anspruch auf Gleichstellung, sondern fordern nur ihre erworbenen Rentenrechte ein, die Teil des von ihnen erworbenen Eigentums sind. (...) Wenn heute manche Politiker über Renten sprechen, dann beschränken sie das Thema möglichst auf die Staatsnahmen. Scheibenweise soll auf diese Weise entsolidarisiert werden. Die Sache ist jedoch komplexer und es geht um viele Millionen Rentnerinnen und Rentner. Zunächst gilt: Rentenrecht darf nicht Strafrecht bleiben, und alle Gesetze und Auslegungen, die es dazu gibt, müssen aufgehoben werden und verschwinden. Aber das „Abschmelzen der Auffüllbeträge“ - wie fein das doch klingt, wie habe euch doch etwas aufgefüllt, wir nehmen es euch nicht weg, aber es schmilzt halt ab - ist genauso ein Verstoß gegen erworbenes Recht. Die Renten wurden übergeleitet, heißt es - wenn es dabei ein paar Lücken gab, habt doch Verständnis. Dann wird auch nachgeschoben, die Frauen im Osten haben nun im Durchschnitt eine höhere Rente als die Frauen im Westen. Damit ... wird dabei gleich unterschlagen, die Arbeitsjahre der Frauen in der DDR mit gebührender Achtung zu erwähnen (...) Unser Kongress ... soll die Solidarität der Betroffenen und für die Betroffenen stärken. Er soll das Gewissen der Regierenden erreichen und bloßstellen, wie sie Recht zu Unrecht machen. Er soll alle drei Oppositionsparteien im Bundestag ermahnen, endlich zu handeln und keinen Aufschub mehr zu dulden. Das sehe ich als die wichtigste Botschaft dieser Tagung.“

## Gegen Rentenstrafrecht

### Große Beteiligung am Berliner Kongress „gegen Renten- und Versorgungsunrecht“

Über 600 Rentnerinnen und Rentner aus den neuen Bundesländern und Berlin haben am Sonnabend, den 13. Januar, im Berliner Kino International gegen das anhaltende Rentenstrafrecht im Osten und andere Formen von Renten- und Versorgungsunrecht protestiert.

Unter dem anhaltenden Druck der Rentnerverbände aus den neuen Bundesländern liegen inzwischen mehrere Anträge im Bundestag und Bundesrat zur Milderung (CDU, SPD) bzw. zur gänzlichen Aufhebung der immer noch bestehenden Strafrechtelemente im Rentenrecht (Rentenkürzungen für sog. „systemnahe Personen“) und von anderen Formen von Renten- und Versorgungsunrecht im Gefolge der DDR-Annexion vor. Der zuständige Bundestagsausschuss will sich im Januar mit den Gesetzesanträgen befassen. Zugleich hat das Bundesverfassungsgericht durchblicken lassen, daß es noch in diesem Jahr über mehrere Verfassungsklagen gegen das Rentenstrafrecht entscheiden will.

Die Veranstaltung in Berlin hat den anhaltenden Protest vieler Rentnerinnen und Rentner im Osten gegen die Kürzung ihrer Renten- und Versorgungsbezüge deutlich gemacht. Das „Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V.“ hatte u.a. den Darmstädter Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Azzola für die Veranstaltung gewonnen, der in einer Eingangserklärung noch einmal kritisierte, die politische Kürzung von Renten stehe „objektiv“ in der Tradition der NS-Rentenkürzungen für Juden, der „Grundsatz der politisch-moralischen Wertneutralität des Rentenversicherungsrechts“ dürfe nicht länger verletzt werden. Abgeordnete des Bundestags wie Tomas Krüger (SPD) und Petra Bläß (PDS) sowie der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow unterstützten diese Forderung. In einer abschließenden Presseerklärung der Veranstalter stellen diese fest:

„Weitere Redner von Seniorenbünden wie der Volkssolidarität, des Akademischen Ruhestandsvereins, der GBM, der Komitees für Gerechtigkeit, von Frauenverbänden, von ISOR und

des Bundeswehrverbandes sowie offizielle Gewerkschaftssprecher haben in weitgehender Übereinstimmung gefordert, die Entscheidung über die notwendigen Korrekturen nich weiter zu verzögern und die Neuregelung ab 1. Januar 1996 in Kraft zu setzen. ... Mit besonderem Nachdruck verlangten Sprecher eine Korrektur der seit Januar dieses Jahres laufenden Abschmelzung von Auffüllbeträgen bzw. Rentenzuschlägen. Entgegen den Zusicherungen der Bundesregierung, diese Abschmelzung erst vorzunehmen, wenn die Rentenangleichung von Ost zu West erfolgt sei, wurde trotz eines noch 18%igen Unterschieds im Rentenniveau wortbrüchig mit der Abschmelzung begonnen. ... Auf dem Kongress wurden folgende Forderungen erhoben:

- Unverzügliche gesetzliche Korrekturen des Rentenüberleitungsrechts.
- Beseitigung aller diskriminierenden Bestimmungen, die die Wertneutralität des Rentenrechts verletzen.
- Anerkennung der in der DDR rechtmäßig erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche und -anwartschaften.
- Entscheidungen über die Beseitigung der Lücken im Rentenrecht, die sich aus berufsspezifischen Arbeitszeiten ergeben.
- Stopp beim Abschmelzen der Auffüllbeträge oder deren Aussetzung so lange, bis die Renten Ost den gleichen Stand wie die Renten West erreicht haben.“

Acht Tage nach der Protestveranstaltung wurde der nächste Anschlag auf die Ost-Rentner/innen bekannt. Die Regierungsparteien wollen die bisher halbjährliche Anpassung der Ost-Renten auf jährlich umstellen. Die angebliche „Einsparung“ auf Kosten der Ost-Rentenbezieher/innen: 700 Millionen DM jährlich. Durch die Kombination des sog. „Abschmelzens der Auffüllbeträge“, Anhebung der Versicherungszahlungen adurch würden die Ostrenten in diesem Jahr nicht nur real, sondern vermutlich auch nominal sinken. (rül)

Quelle: Förderkreis Senioren bei der GBM e.V., Siegfriedstr. 04, 10365 Berlin, Tel. (030) 5578394. Erklärung des Pressesprechers Heinz Neuhausen vom 14.1.96; Handelsblatt, 17.1.96

## MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

### „Standort Deutschland“: 577 Arbeitsunfall-Tote!

In ihrer Dezemberausgabe hat die BG, die Zeitung der gewerblichen Berufsge nossenschaften, über die letzte Erhebung der tödlichen Arbeitsunfälle berichtet. Demnach wurden 1993 in der gewerblichen Wirtschaft der 16 Bundes länder 577 tödliche Arbeitsunfälle ge zählt (1992: 578). Diese Zahl ist zwar niedriger als in früheren Zeiten, aber immer noch erschreckend hoch.

Die Branchen mit den meisten tödlichen Unfällen (geordnet nach ihrer *Unfallquote* = Unfälle/10.000 Beschäftigte) sind Zimmerei/Dachdeckerei mit 2,54, Steine und Erden 1,26, Bauhaupt ge werbe 1,25 und Stahlbau 1,04. Der Durchschnitt aller Branchen ist 0,22.

Überdurchschnittlich viele tödliche Arbeitsunfälle ereigneten sich wie schon in den früheren Jahren in Klein und Mittelbetrieben bis 200 Beschäftigte - sehr verstärkt noch in den ostdeutschen Bundesländern. Durchschnittlich 50% dieser Unfälle ereigneten sich auf Baustellen (was hier nicht mit Bau wirtschaft gleichzusetzen ist, sondern z.B. auch Baustellen von Maschinen und Anlagen meint.) Häufigste tödliche Unfallart sind wie schon früher Abstürze.

Häufig verursachen gefährliche Arbeitsbedingungen die (tödlichen) Unfälle:

- Bei 27,4% der tödlichen Arbeitsunfälle wurden Mängel der Arbeitsstätte dokumentiert (Gerüste, Verkehrsweg, Trittfächen, Engstellen usw.).

- Bei 59,3% waren Geräte aus dem Gel tungsbereich des Gerätesicherheits gesetzes beteiligt. In 6,5% dieser Geräteunfälle waren vorgeschriebene Prüf zeiträume überschritten (z.B. bei Kranen, Staplern, Ladern). In 8,2% war das verwendete Gerät (Stapler, Gerüst, Leiter usw.) für die betreffende Arbeit nicht geeignet. In jedem fünften Fall gab es si cherheitstechnische Mängel.

- Bei Unfällen mit Gefahrstoffen war in 42% die vorgeschriebene Betriebsanweisung, die Aufschluß über den Um gang mit dem betreffenden Stoff gibt, nicht ausgehängt.

Ausländische Beschäftigte waren von den Todesfällen zu 15% betroffen, während ihr Anteil an allen Beschäftigten 8% betrug. Sie erleiden die Folgen der Profitmacherei noch mehr als andere.

- (rok)

### IBM will Betriebsrat mundtot machen

**Ehningen.** Die Geschäftsführung der IBM Deutschland Informationssysteme GmbH (ISG) will dem Ehninger IBM-Betriebsrat mittels einstweiliger Verfügung die Ausübung jeglicher Betriebsratstätigkeit verbieten. In dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung droht die Geschäftsführung dem Betriebsratsgremium und jedem einzelnen Betriebsratsmitglied bei Ausübung von Betriebsratstätigkeit, insbesondere bei Abhaltung von Betriebsratssitzungen, bei Durchführung von Betriebsversammlungen, bei Ausübung von sonstigen Betriebsratstätigkeiten, bei Inanspruchnahme von Räumlichkeiten, Materialien und der Kommunikationssysteme für Betriebsratstätigkeiten ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 DM, ersatzweise eine Ordnungshaft bis zu 6 Monaten in jedem Einzelfall an.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die im Oktober 1995 via Presseerklärung den Mitarbeitern bekanntge wordene und zum 1.1.96 vollzogene Um strukturierung der IBM. Die vor drei Jahren ausgeründete IBM Systeme

und Netze GmbH (S&N) wurde jetzt mit der größten IBM-Tochter, der ISG zusammengefaßt. Nachdem der Be trieberrat seit Oktober 1995 über Wochen hinweg vergeblich versucht hatte, von der Geschäftsführung Einzelheiten über Form und Ablauf der geplanten gesellschaftsrechtlichen Zusammenführung zu erfahren, konnte er am 1.12.1995 einem Aushang der Geschäftsführung entnehmen, daß die Betriebsratsgremien der S&N ab 1.1.96 nicht mehr exis tieren würden. IG Metall und der 15

## Papierverarbeitung: Kapitalisten lassen IG Medien auflaufen

### Tarifverhandlungen abgebrochen/Forderung: Zurück zur 40-Stunden-Woche, weniger Geld für Überstunden

**Die IG Medien prangert in einer Pressemitteilung von 11. Januar das Verhalten der Unternehmer bei den Lohntarifverhandlungen für die Papier- und Kunststoffverarbeitung an.**

Auch die Unternehmer der Papier- und Kunststoffverarbeitung haben kein Interesse an der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch ein „Bündnis für Arbeit“. Im Gegenteil: Wenn es nach den Scharfmachern im Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HPV) ginge, dann gäbe es noch mehr Überstunden, längere Arbeitszeiten und damit weniger Arbeitsplätze. Und was Lohn und Gehalt angeht, so möchten die Unternehmer den Beschäftigten in diesem Jahr eine echte Nullrunde verordnen, also nicht einmal einen Inflationsausgleich zahlen, weil die anstehende Arbeitszeitverkürzung schon so teuer sei, daß darüber hinaus kein Spielraum mehr bestehe.

Dies wurde deutlich bei der 1. Lohn und Gehaltsrunde, die - ungewöhnlich früh im Jahr - am 9. Januar 1996 in Köln stattfand und mit dem Abbruch der Verhandlungen durch den Unternehmer verband endete: Sie hätten nun kein Mandat mehr für weitere Verhandlungen auf zentraler Ebene, erklärten die HPV-Funktionäre rabiat. Das bedeutet, daß jetzt die Landesbezirke der Industriegewerkschaft Medien die Unternehmer auf regionaler Ebene zu Tarifverhandlungen auffordern müssen.

Die IG Medien war mit der Forderung nach einer beschäftigungssichernden Vereinbarung und nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 Prozent in diese Verhandlungsrunde gegangen, und sie war sich dabei bewußt, daß verbindliche und wirksame Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung das Maß der Lohn- und Gehaltserhöhung beeinflussen. Nachdem die Gewerkschaftsvertreter in Köln noch einmal bekräftigt hatten, daß an der bereits 1992 vereinbarten Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 36 Stunden in Westdeutschland zum 1. Februar 1996 auf keinen Fall, wie von den Unternehmern verlangt, zu rütteln ist, wollten die HPV-Vertreter über eine Lohn- und Gehaltserhöhung überhaupt nur dann verhandeln, wenn die IG Medien folgende Bedingungen erfülle:

- Rückkehr zu regelmäßiger Samstagsarbeit,
- Ausdehnung des Verteilungszeitraums für die Arbeitszeit über die vereinbarten 26 Wochen hinaus in Richtung einer Jahresarbeitszeit,



Wie schon in den vergangenen Monaten solidarisierten sich bei einem Termin vor dem Arbeitsgericht Mitglieder verschiedener DGB-Gewerkschaften mit den Betriebsräten der Conti-Leben München. Die Betriebsratsmitglieder konnten mit ihren Erfolgen vor Gericht zeigen, daß der Geschäftsführung unliebsamo Belegschaftsmitglieder nicht machlos sind.  
(Foto: jc, Münchner Lokalberichte)

- Abschaffung der Prozentstaffelung bei den Überstundenzuschlägen und
- Schaffung eines Arbeitszeitkorridors, also die Möglichkeit, daß einzelne Beschäftigte oder ganze Abteilungen zur 40-Stunden-Woche zurückkehren können.

Mit der unbewiesenen Behauptung, auf diese Weise eine Kostenentlastung für die Betriebe zu erreichen, fordern die HPV-Funktionäre also Tarifregelungen, die auf einen Abbau von Arbeitsplätzen hinauslaufen statt auf die Schaffung von neuen: Wenn Überstunden billiger werden, dann werden auch mehr Überstunden verlangt. Wenn einzelne Beschäftigte oder ganze Abteilungen zur 40-Stunden-Woche zurückkehren, dann bleibt für andere weniger Arbeit übrig.

Aus diesen Gründen hat es die Verhandlungskommission der IG Medien auch strikt abgelehnt, auf solche Forderungen des HPV einzugehen, zumal es sich dabei um Regelungen handelt, die zum Manteltarifvertrag gehören, der zur Zeit noch nicht zur Debatte steht. Stattdessen wurde den Unternehmern angeboten, Überstunden künftig grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Bei mehr als 9 Millionen Überstunden, die alljährlich in den papier- und kunststoffverarbeitenden Betrieben geleistet werden, könnten auf diese Weise rein rechnerisch an die 5000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, in der Praxis mindestens einige tausend. Auf jeden Fall aber würde eine solche Regelung den Betrieben deutliche Kostenentlastungen (von bis zu 4,2 Prozent) bringen.

Ausgehend von der manteltarifvertraglichen Bestimmung, daß „Mehrarbeitsstunden ... in Geld oder Freizeit abgegolten werden“ können, läuft der Vorschlag der IG Medien darauf hinaus, daß durch Betriebsvereinbarung festgelegt werden kann, daß Mehrarbeit nur noch in Freizeit abgegolten würde. Für jeden Beschäftigten würde ein individuelles Freizeitkonto eingerichtet, entstandene Freizeitguthaben könnten nicht verfallen. Geschäftsführung und Betriebsrat müßten sich quartalsweise zusammensetzen und prüfen, ob durch Neueinstellung von Beschäftigten das Überstundenvolumen zurückgeführt werden kann.

Die Neueinstellung von Beschäftigten aber ist für die Unternehmer offenbar ein Greuel, selbst wenn das ohne Mehr kosten möglich wäre. Außerdem sehen sie sich in ihrer unternehmerischen Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Jedenfalls lehnten die HPV-Vertreter diesen Vorschlag der IG Medien ab und machten damit deutlich, was sie von einem „Bündnis für Arbeit“ halten, nämlich gar nichts.

Was die diesjährige Lohn- und Gehaltsrunde angeht, so ist davon auszugehen, daß es die Unternehmer mit ihrer Forderung nach einer Nullrunde ernst meinen. Sonst hätten sie nicht bereits nach der ersten Runde die zentralen Verhandlungen abgebrochen. Die bevorstehenden regionalen Tarifverhandlungen dürften sehr schwierig werden. Die Verhandlungskommissionen sind auf jeden Fall auf Unterstützung in den Betrieben angewiesen. Schon sehr bald kann die Situation eintreten, daß betriebliche Aktionen notwendig werden. Übrigens: Die Lohn- und Gehaltsrunde ist eine gute Gelegenheit, wieder einmal an das Thema Mitgliederwerbung zu denken.

(IG Medien)

# Gleitzeit Einfallstor für Samstagsarbeit

**„Durchschaubare“ kritisieren Betriebsrat Bayer Leverkusen**

Die Betriebsräte von der Liste „Die Durchschaubaren“ bei Bayer Leverkusen berichten in ihrem Januar-Flugblatt über eine neue Gleitzeitregelung. Wir bringen Auszüge.

Bis zuletzt fast geheim wurden die Verhandlungen über die neue Gesamtbetriebsvereinbarung zur Gleitzeit (GLAZ) geführt. Obwohl zur Betriebsversammlung ein fast perfekter Entwurf ausgehandelt war, wurde dort nicht berichtet und das Verhandlungsergebnis zur Diskussion gestellt. Dies hat seine Gründe.

Von den Forderungen des Betriebsrates, wie mehr Entscheidungsspielräume für die Mitarbeiter, mehr GLAZ-Tage im Jahr, oder mehr GLAZ-Tage zusammenfassen zu können, ist nichts übrig geblieben.

Frei nach dem Motto: „Im Mittelpunkt steht die Firma“ sollen wir Beschäftigte unsere Lebensarbeitszeit ganz nach dem Betrieb ausrichten. Diese neue Richtung erkennt man schon bei der neuen Präambel, wo im Vergleich zu früher der Schwerpunkt auf das Interesse des Unternehmens und eines reibungslosen Arbeitsablaufes gelegt wird.

So heißt es unter „individueller Arbeitszeitgestaltung“: Jeder GLAZ-Teilnehmer ist berechtigt, die zeitlichen Dispositionsspielräume der GLAZ unter Wahrung der betrieblichen Belange zu nutzen. Bei Absprachen über die individuelle Arbeitszeit soll der Vorgesetzte die Interessen der Mitarbeiter angemessen berücksichtigen. Bis jetzt galten immer noch betriebliche und persönliche Interessen als gleichwertig. Damit ist es jetzt vorbei!

Der Vorgesetzte kann aus betrieblichen Gründen ein Arbeitsende nach acht Stunden anordnen. Gleichfalls kann die Sollarbeitszeit, dies ist die durchschnittlich tariflich festgelegte Arbeitszeit (derzeit 7,5 Stunden), angeordnet werden. Wenn man die jetzt mögliche längere Mittagspause (von 11.00-14.00 Uhr) nutzen will, braucht man erst die Zustimmung des Vorgesetzten.

Geht es um längere Arbeitszeiten im Sinne der Firma, ist man recht großzügig, bis hin zu rechtlich fragwürdigen Formulierungen; z.B.: „Anwesenheitszeiten außerhalb der GLAZ-Bandbreite sowie über 10 Stunden hinausgehende Arbeitszeiten bleiben als Arbeitszeit unberücksichtigt, sofern es sich nicht um angeordnete oder verlegte Arbeitszeit handelt.“

Unserer Ansicht nach ist diese Formulierung ein Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz, da sie „freiwillige“ Leistung über 10 Stunden täglich außerhalb des gesetzlichen Rahmens ausdrücklich nicht ausschließt. Wir wissen, wie oft es schon auf Grund des Arbeitsdruckes vorkommt, daß Mitarbeiter meinen, „freiwillig“ länger arbeiten zu müssen. Doch wir finden es einen Skandal, wenn der Betriebsrat dies schriftlich in einer Betriebsvereinbarung absegnet.

Ahnlich ist es bei der Über- oder Unterschreitung des GLAZ-Saldos. Dieser darf nur aus betrieblichen Gründen über- oder unterschritten werden. Liegen keine betrieblichen Gründe vor (wer entscheidet das?), sind die Sanktionen verschärft, wenn das GLAZ-Konto unterschritten wird (mehr als mindestens 16 Stunden am Quartalsende). Bei Überschreitung (mehr als plus 16 Stun-

den am Quartalsende) werden bekanntlich die Stunden gestrichen. Auch daß in Einzelfällen nicht abbaubare Minuszonen mit Urlaub abgegolten werden können, halten wir für rechtlich bedenklich.

Bei der Wahrnehmung planbarer persönlicher Termine sind zeitliche Überschneidungen mit der täglichen Arbeitsverpflichtung möglichst zu vermeiden.“

Hiermit unterschreibt der Betriebsrat für den Arbeitgeber einen Freibrief, den Druck auf die Mitarbeiter zu verstärken, die GLAZ-Freizeitmöglichkeiten so zu nutzen, daß keine Arzt- und Behördentermine in die Arbeitszeit fallen. Am besten, der Mitarbeiter nimmt sogar einen GLAZ-Tag um zu heiraten, damit würde auch diese Freistellung entfallen.

Bis zu zwei Tage kann der Vorgesetzte die GLAZ für seinen Bereich aussetzen, dazu braucht er nur den Betriebsrat zu informieren. Für eine längere Zeit braucht er die Zustimmung des Betriebsrates. Ausdrücklich steht in der Vereinbarung, daß diese Verpflichtung nicht gilt, wenn nur einzelne Beschäftigte betroffen sind. Ob dies bedeutet, daß bei Einzelpersonen keine Zustimmung des Betriebsrates erfolgen muß, ist uns nicht ganz klar. Hier ist die Formulierung zweideutig.

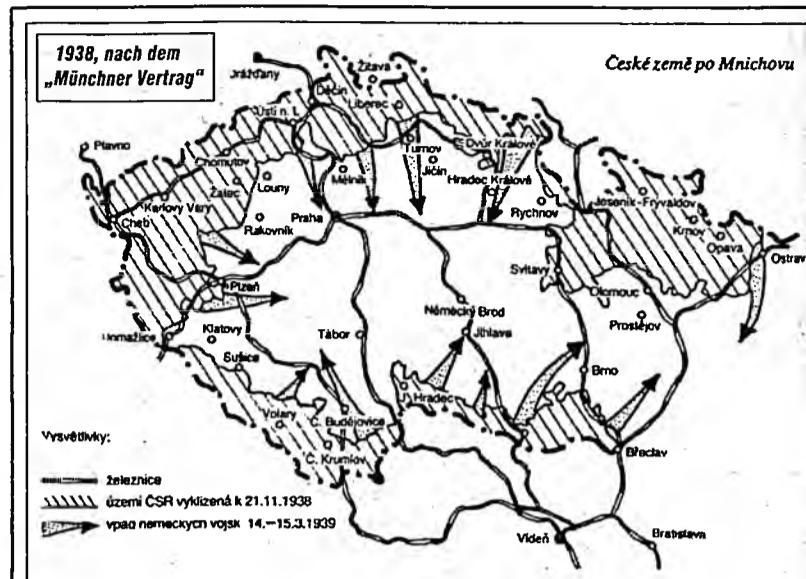
Ohne den Betriebsrat zu fragen, können die GLAZ-Konten eingesehen werden, dazu gehört: Kommt-Geht-Verhalten, Arbeitsunterbrechung, Pausenverlängerung, erfaßte Mehrarbeit. Erweiterte Einsichts- und Auswertungsmöglichkeiten sind in Abstimmung mit dem Betriebsrat möglich.

Im Anhang zur Vereinbarung steht es: „In begründeten Ausnahmefällen kann der Samstag als Arbeitstag in die GLAZ einbezogen werden.“ Damit ist der Betriebsrat in der Samstagsfrage umgekippt. Es bedarf zwar einer gesonderten Vereinbarung, um diese einzuführen, aber wenn der Betriebsrat ernsthaft dagegen wäre, hätte er diese Öffnung nicht zugelassen.

Das Ergebnis des Probelaufes der neuen GLAZ (Spanne von 6.00-22.00 Uhr) in der Ingenieurabteilung (IN-Eng.) ergab, daß viele KollegInnen innerhalb von drei Monaten mehr als 120 Plusstunden angesammelt hatten. Damit haben sich unsere Vermutungen bestätigt, daß es in kurzer Zeit zu massiven Stundenüberhängen kommt. Zulässig sind bis zu 100 Stunden (!) +/- innerhalb von sechs Monaten. Die neue Regelung hat sowohl die Flexibilität als auch den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten erhöht. Für den einzelnen wird es immer schwieriger die Arbeitszeit auf 7,5 Stunden täglich zu begrenzen.

Inzwischen häufen sich die kritischen Stimmen. Denn wer neben der Arbeit auch noch Zeit zum Leben haben will, kann dies mit soviel Zusatzstunden nicht mehr. Viele KollegInnen in der Abteilung IN-EN machen dies noch mit, weil sie Angst haben, daß sonst ihre Abteilung Fremdvergeben wird.

Mit der Herausnahme aus der GLAZ haben die AT-Mitarbeiter große Probleme. Sie befürchten, wenn sie nicht mehr in der GLAZ sind, daß der Druck ständig Mehrarbeit zu leisten, erheblich steigt. In vielen Bereichen droht so für die Betroffenen nicht nur unbezahlte sondern darüber hinaus gänzlich unerfaßte Mehrarbeit. Die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes läßt sich nicht mehr kontrollieren.



## Wie Bayerns Ministerpräsident mit den Vertriebenenverbänden Außenpolitik macht

Aus der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anlässlich der Gedenkfeier „50 Jahre Flucht und Vertreibung – 50 Jahre Einigung in Bayern“ am 20.11.1995 in München

zu machen.“ Das sind beispielgebende, vorbildliche Worte. (...)

Die Bayerische Staatsregierung fordert seit langem Polen und Tschechien auf, den Heimatvertriebenen im Vorgriff auf den Beitritt zur Europäischen Union rechtlich gesicherte Möglichkeiten der Rückkehr zu eröffnen. Die

Perspektiven dafür wurden mit den Verträgen mit Polen und der Tschechoslowakei und dem begleitenden Briefwechsel eröffnet. Dies gilt es umzusetzen, und zwar zu niemandes Schaden, damit nicht neues Misstrauen entsteht.

Ängste bei den östlichen Nachbarn sind unbegründet. Denn zum einen haben die Heimatvertriebenen aufgrund ihrer eigenen leidvollen Erfahrung in ihre Charta geschrieben, daß Gerechtigkeit, Frieden und Verständigung nur dort existieren, wo die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Auf ihrer letzten Bundesversammlung in Berlin haben Sie dieses Gedanken erneut zum Ausdruck gebracht. In der dort verabschiedeten Entschließung heißt es:



## Deutsch-tschechische Verhandlungen

**BRD will Recht auf Kolonisation**

Der Versuch der Bundesregierung, Tschechien noch vor den dortigen Wahlen in einer moralisch-rechtlichen Schuldnerposition festzunageln, war allzu stürmisch und scheiterte dieser Tage trotz Entgegenkommens der bürgerlichen Regierung in Prag.

Die deutschen Seite wollte erreichen, daß die Aussiedlung der Deutschen aus der vom Faschismus befreiten Tschechoslowakei umstandlos als „Unrecht“ gekennzeichnet würde. So ließen sich geschichtliche Zusammenhänge verschleiern: Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität hatten sich in der Vorkriegszeit für die Expansionspolitik des Deutschen Reiches eingespannen lassen, die Anschluß der Grenzgebiete an Hitlerdeutschland gefordert und die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Es folgte der faschistische Militärüberfall auf die Resttschechoslowakei und das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ unter faschistischer Verwaltung. Der geschichtliche Vorgang dokumentiert, daß deutsche Minderheiten für Nachbarstaaten existenzbedrohlich werden können. Die Aussiedlung derjenigen deutschen Einwohner, die die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten, war also nicht ein

ein Akt der Willkür, sondern der Notwehr. Würde der traurige Fall umstandlos als Unrecht gekennzeichnet, entstünde ein völkerrechtlich ungeheuerlicher Anspruch deutscher Minderheiten. Ihnen würde zugebilligt, Gebiete, in denen sie sich ansiedeln, hernach „Heim ins Reich“ zu führen. Im Kampf vor allem um die wirtschaftliche Einflußbildung stellen Menschen, die sich bei den östlichen Nachbarn auskennen, verwandschaftliche Beziehungen haben usw. einen großen Konkurrenzvorteil dar, ein aktueller Grund für das Interesse der deutschen Politik am moralisch-rechtlichen Status der Vertriebenen. Sie sollen „Heimatrechte“ zuerkannt erhalten. Was heißt das? Stoiber bringt (s.o.) zustimmend eine Entschließung der Vertriebenenverbände:

„Unser Ziel ist der Wiederaufbau der Heimat gemeinsam mit unseren Nachbarn. Es soll in den Heimatgebieten der Vertriebenen nie wieder Vertreibung geben. Dafür verbürgen wir, die Verbände der Heimatvertriebenen Deutschen uns, soweit es in unserer Macht steht.“

Lesen wir dies mit den Augen der tschechischen und polnischen Nachbarn:

Ihnen wird hier für die Zukunft ein Art Bleiberecht in Aussicht gestellt ...

-(ma)

„Unser Ziel ist der Wiederaufbau der Heimat gemeinsam mit unseren Nachbarn. Es soll in den Heimatgebieten der Vertriebenen nie wieder Vertreibung geben! Dafür verbürgen wir, die Verbände der heimatvertriebenen Deutschen uns, soweit es in unserer Macht steht.“

Damit betonen die Vertriebenen die friedensstiftende Funktion des Heimatrechts, das keinesfalls destabilisierend wirken darf.

b) In Verbindung mit der Vertreibung stehen Dekrete und Gesetze, die die Deutschen kollektiv bestrafen, ausbürgerten und enteigneten und sogar jenen nachträglich Straffreiheit zusicherten, die an Deutschen während der Vertreibung Verbrechen begangen haben.

Viele materiellen Folgen dieser Dekrete und Gesetze lassen sich heute nicht mehr beheben, ein Status quo ante lässt sich nach 50jähriger Geschichte nicht wieder herstellen. Das wissen auch die Vertriebenen selbst. Sehr wohl lassen sich aber die damalige Verletzung der zivilisierten, christlich-abendländischen Werte beheben und die verletzten Rechtsgefühle wieder herstellen.

Die Benes-Dekrete über die kollektive Ausbürgerung und Enteignung zum Beispiel widersprechen eklatant jeder europäischen Werte- und Rechtskultur. Deshalb haben wir kein Verständnis, wenn die heutige demokratische und dem Rechtsstaat verpflichtete Regierung Tschechiens es weiterhin ablehnt, sich von diesen Dekreten ausdrücklich zu distanzieren und das sogenannte Amnestiegesetz aufzuheben.

c) Wir sind uns bewusst, daß wir erst am Anfang des Dialogs stehen (...)

Schau ich nach Westen, dann dauerte es auch dort über 15 Jahre, bis Adenauer und de Gaulle das große Verständigungswerk besiegeln konnten. Dies war nicht allein ein bilateraler Vorgang, sondern er war eingebunden in den Europäisierungsprozeß beider Länder im Rahmen der EWG.

Auch nach Osten hin ist dies der einzige gangbare Weg. Wir wollen ein gemeinsames Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit aufbauen. Zu diesem Europa gehören selbstverständlich auch Warschau, Prag, Budapest und Preßburg. Die Einbindung der östlichen Nachbarstaaten in die Europäische Union bringt Europa Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt. Im Zuge der Annäherung dieser Staaten an die Europäische Union können auch die Anliegen der Vertriebenen am ehesten gelöst werden. Spätestens die Integration der östlichen Nachbarstaaten in die Europäische Union wird ihnen Ihre Heimat vollständig öffnen.

# Eine „Metropolenregion“ streckt ihre Fangarme aus

## Ostsee-Küstenautobahn A 20 – Beispiel für imperialistische Verkehrspolitik

Am 18.12.95 hat Bernd Seife (CDU), Ministerpräsident vom Mecklenburg-Vorpommern, südöstlich von Jarmen im Landkreis Ostvorpommern den ersten Spatenstich für die Küstenautobahn A 20 in Vorpommern vollzogen. Drei Jahre vorher war der erste Spatenstich des damaligen Bundesverkehrsministers Krause (CDU) in Westmecklenburg von heftigen Protesten von Naturschützern begleitet worden. Auch in Jarmen demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen das Projekt. Die Redner, unter anderem Wirtschaftsminister Ringstorff (SPD), wurden immer wieder durch Pfeifkonzerte und Zwischenrufe unterbrochen, über hundert Polizisten wurden zur Absicherung der Veranstaltung aufgeboten.

Derzeit liegen die Planungsunterlagen in Lübeck, dem westlichen Endpunkt der über 300 km langen Strecke aus. Auch in Schleswig-Holstein ist der Widerstand gegen die Betonpiste beträchtlich. Wie in Mecklenburg-Vorpommern (Täler von Peene, Trebel und Recknitz) zerschneidet die Trasse auch in Schleswig-Holstein Flussniederungen, deren Biotope durch den Bau unverfügbar zerstört würden. Trotz einer massiven Propagandatätigkeit der Betreiber hat sich der Widerstand in beiden Ländern gefestigt und ausgeweitet. Mit ihren Protesten, unter anderem auch Beschwerden und Eingaben bei der Europäischen Union, haben die Gegner den Bau bereits verzögert und einzelne Planänderungen erwirkt.

### Wem nützt die A 20?

In der Propaganda der Betreiber steht im Vordergrund die Behauptung, die Verkehrsader nutze der Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.

Eine Untersuchung der Universität Rostock verspricht die Aufwertung der Wirtschaftsstandorte im Einzugsbereich der Autobahn und hält die Entstehung von 35000 Arbeitsplätzen für möglich (Die Wirtschaft 27/95). Demgegenüber sieht die PDS-Fraktionsvorsitzende Caterina Muth in dem Projekt ein Beispiel für verfehlte Verkehrsplanung. Durch die einseitige Orientierung auf Straßenbau würden immer mehr Menschen zur Autonutzung gezwungen. Der „Aufschwung Ost“, der mit der Autobahn herbeigeredet werden sollte, werde sich als Aufschwung für Westkonzerne per „Absatz Ost“ erweisen. Für die Entwicklung regionaler Arbeitsplätze in einer eigenständigen, regional entwickelten Wirtschaft sei die A 20 daher eher abträglich. (ND, 18.7.95) Betrachtet man die Äußerungen der interessierten Kreise und politisch verantwortlichen z.B. in der selbsternannten „Metropole“ Hamburg, so zeigt sich, daß dies auch keineswegs beabsichtigt ist: Bereits am 29. August 1990, noch vor dem formellen Anschluß der DDR, schrieb das Hamburger Abendblatt: „5000 Hamburger Firmen haben Kontakte nach Osteuropa. Und die Stadt hat historische Chancen im ‚neuen Hinterland‘, in Mecklenburg und Vorpommern. Dazu aber sind neue Wege nötig, zu Wasser, auf dem Lande und in der Luft.“ In seiner „Europapolitischen Standortbestimmung für Hamburg“ BDs.15/4438 v. 28.11.95) stellt der Senat unter „7. Welche Chancen bestehen für Hamburg aus der Politik der EU für den Ostseeraum und gegenüber Osteuropa?“ großräumewirtschaftliche Betrachtungen an: „Die Integration des gesamten Ostseeraumes in die EU ist ein wichtiges Ziel der Europapolitik Hamburgs. (...) In großräumiger Betrachtung (!) kann somit von einer vielschichtigen Vermittlerfunktion der Metropole Hamburg zwischen Nord- und Ostsee ausgegangen werden, wobei Hamburg als östlichster Atlantikhafen und zugleich westlichster ‚Ostseehafen‘ zu sehen ist. (...) Für den Hamburger Hafen bestehen die besonderen Chancen darin, daß er den Überseeverkehr für die Länder des Ostseeraumes abwickelt. (...) Durch den Anpassungsprozeß der Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik) ergeben sich Chancen auch für die Hamburger Wirtschaft, zum Beispiel im Bereich des spezialisierten Investitionsgüterexports und durch Unternehmenskooperationen, die zu verbesserten Lieferstrukturen führen. (...) Obwohl die transeuropäischen Netze dazu dienen sollen, das Gemeinschaftsgebiet intern mit einem Netz von Hochgeschwindigkeitszügen, Straßen, Binnenwasserstraßen usw. zu überziehen und die Ballungsgebiete mit

den übrigen Regionen der EU zu verbinden, sollen sie auch Verbindungen zu den Nachbarländern der EU in Mittel- und Osteuropa herstellen.“

Entsprechend dieser Strategie forderte auch die „Initiative Wirtschaft Nord-Ost“, an der die Handelskammer beteiligt ist, von der Bundesregierung, sich für die Aufnahme der A 20 in das transeuropäische Netz einzusetzen (Hamburger Wirtschaft 10/95, S.41). Ob Überseehafenfunktion, ob Export von Waren oder Investitionsgütern, ob Auslagerung von Produktionsteilen in osteuropäische Billiglohngebiete oder Kooperation zur billigen Lohnveredelung, schließlich auch die flexible Erschließung eines großen Arbeitskräftepotentials als Pendler – die Konzerne im Westen der Republik brauchen die Autobahn, um sich die Wirtschaftspotentiale im Osten zu erschließen. Die Entwicklung der von dieser Verkehrsplanung betroffenen Landstriche ist in diesen Strategien kein eigenständiges Ziel. Darüber wird nur in der Propaganda zur politischen Durchsetzung geredet.

### Abbau von Bürgerrechten zur Durchsetzung

Im Rahmen der Durchsetzung der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“, zu denen die A 20 gehört, hat die Bundesregierung durch eine Reihe von Gesetzen (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, Planungsvereinfachungsgesetz und Maßnahmengesetze, die sich auf spezielle Projekte beziehen) die Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der Bürger bei der Planfeststellung erheblich eingeschränkt. Konservative Juristen kreierten ein „verfassungsrechtliches Effizienz- und Beschleunigungspotstatut“, „das nicht von vornherein hinter dem Grundrechtsschutz durch Verfahren zurückzutreten“ habe (so M. Rönneloffs in Deutsches Verwaltungsblatt 8/1994, S.448). Danach fordert die Verfassung quasi die Entrechnung der Bürger zugunsten zügigen Planungsvollzugs durch die Verwaltung. Zugleich machen sich SPD und CDU dafür stark, auch die Auskunftspflicht des Staates über umweltbelastende Großprojekte nach dem Umweltinformationsgesetz von 1994 einzuschränken. Anlässlich einer Anfrage des Naturschutzbundes (NABU) zum Verlauf der Trasse der A 20 im Sommer vorigen Jahres sprachen sich Ministerpräsidentin Simonis (SPD) und Bundeskanzler Kohl (CDU) dafür aus, „offensichtlich mißbräuchliche Anträge anzuerkennen und den Umfang der Informationspflicht einzuschränken“. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern lehnte Anfragen des NABU schlichtweg ab (Spiegel 23/95). Auf der gleichen Linie liegt die Behinderung der Planeinsicht durch das Kieler Verkehrsministerium, wie sie sich in den Äußerungen des Sprechers der Behörde, Pröhrl, äußert: Er „warnte Gegner der A 20, das Planfeststellungsverfahren zu ‚chaotisieren‘. Dazu zähle auch, einen Massenansturm auf die Unterlagen zu organisieren, auf den sich keine Behörde einstellen könne.“ (TAZ Hamburg, 15.1.96).

Die erklärten Ziele dieses Verkehrsprojekts, seine Auswirkungen auf die natürliche Umwelt und die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Gebiete sowie die Mittel zu seiner Durchsetzung sind reaktionär und verdienstlos, bekämpft zu werden!



## MARXISTISCHES FORUM

In  
großer  
Sorge

WAS IST,  
WAS DENKT,  
WAS WILL  
DAS MARXISTISCHE FORUM?

### INHALT

Zur Einführung ..... UWE-JENS HEUER 7

#### MARXISMUS UND THEORIE

- Marktwirtschaftliche Moderne oder kapitalistische Klassengesellschaft? ..... HEINZ JUNG 15  
Die Gesellschaft, in der wir leben ..... JÜRGEN KUCZYNSKI 24  
Wie halten wir's mit dem Eigentum ..... HARRY NICK 28  
Abschied von der Ideologie ..... UWE-JENS HEUER 62  
Demokratiedefizite ..... HERMANN KLENNER 75  
Streit und Sachen und Worte ..... GOTTFRIED STIEHLER 83

#### MARXISMUS UND FRIEDEN

- Deutschlands Großmachtambitionen und die Lage der Friedensbewegung ..... Dieter Kraft 87

#### MARXISMUS UND GESCHICHTE

- Zu den Ursachen dafür, daß der am Modell der Oktoberrevolution orientierte Sozialismus sich nicht behaupten konnte ..... ERICH HAHN 101  
Gedanken zu einer marxistischen Analyse der Niederlage des Realsozialismus ..... EKKEHARD SAUERMANN 110  
DDR-Geschichte als Problem der Gegenwart ..... SIEGFRIED PROKOP 133  
Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen ..... MICHAEL BENJAMIN 140  
Zur Vereinigung von KPD und SPD ..... HANS JOACHIM KRUSCH 155  
Zu Leistungen, Grenzen und Defiziten der Erbedebatte der DDR-Historiker ..... WALTER SCHMIDT 165

#### MARXISMUS UND WERTE

- Gerechtigkeit — aber wie? ..... INGO WAGNER 179  
Soziale Sicherung und die Verwirklichung politischer Rechte — zur Situation im Freistaat Sachsen ..... HORST SCHNEIDER 192  
Menschenrechte — Klassenrechte? ..... ERICH BUCHHOLZ 209

#### KULTUR UND EINHEIT

- Gedanken beim Betrachten eines Fotos ..... ARMIN STOLPER 217  
Trauer, aber keine Mea Culpa ..... GISELA STEINECKERT 224  
Alphabetisierung Ost ..... EBERHARD PANITZ 230

#### AUS DER DEBATTE UM DAS MARXISTISCHE FORUM

- Rede auf der 1. Sitzung des 4. Parteitages der PDS, 27.1.1995 ..... UWE-JENS HEUER 244  
Um der Zukunft der PDS willen ..... ERNST ENGELBERG 248  
Worum geht es? ..... GERHARD BRANSTNER 250  
Theorie und Politik — ein unaufhebbbares Spannungsverhältnis ..... KURT PÄTZOLD 256  
PDS — eine Partei der Dinosaurier ..... SUSANNE FLEISCHER 260  
Disput muß möglich sein ..... EBERHARD PANITZ 263  
Zur außerparlamentarischen Arbeit der PDS ..... WOLFGANG RICHTER 265  
Nachtrag ..... AUS DER PROVINZ ..... HELMUT HANKE 275

**Marxistisches Forum (Hrsg.): In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum. Januar 1996, 280 Seiten, 19,80 DM. erscheint im GNN-Verlag Sachsen/Berlin GmbH, ISBN 3-929994-52-6. Bezug ab sofort über den Buchhandel oder direkt bei GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz**

# „Die PDS muß sich als Teil und Vertreterin einer gesellschaftlichen Gegenmacht entwickeln“

**Dokumentiert: Aus dem Buch „In großer Sorge“ des „Marxistischen Forums“ die Einleitung von Uwe-Jens Heuer**

Als am 18. Mai 1995 wir „38“ unseren Aufruf „In großer Sorge“ im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten, hatten wir die Hoffnung, damit in der PDS und bei ihren Sympathisanten eine Diskussion über den Kurs der Partei auszulösen. Auf die heftige, teilweise hysterische Reaktion waren wir nicht gefaßt. Diese Reaktion reichte bis zum Vorwurf des restaurativen Anliegens: „Zurück zur SED“ von seiten 22 meiner Genossen und Kollegen in der Bundestagsgruppe und mehrfachen Anforderungen in Artikeln im „Disput“, der Mitgliederzeitschrift der PDS, uns aus der Partei auszuschließen. Uns wurde sogar vorgeworfen, daß wir eine Anzeige veröffentlicht hätten, obwohl dies der Tatsache geschuldet war, daß der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ unseren Aufruf nur dann zu veröffentlichen bereit war, wenn wir denn Roß und Reiter nennen, will sagen, persönliche Angriffe gegen den Parteivorstand richten würden.

Gerade dazu waren wir nicht bereit. Uns ging es nicht um Personen, wir wollten keine Ämter, in unseren Reihen befand sich auch kein Brutus, wer sollte denn auch der Cäsar sein? Uns ging und geht es um eine inhaltliche Diskussion über einen sich vollziehenden Richtungswechsel in der Partei, den wir als bedrohlich für die Partei, ja für die Linke in Deutschland überhaupt sehen. Wir hatten geglaubt, daß die Stimme von Intellektuellen ohne Machtambitionen leichter Gehör fände, nicht so leicht abqualifiziert würde. Schließlich befand sich in unseren Reihen eine ganze Anzahl von bekannten Gesellschaftswissenschaftlern und Künstlern der DDR, aber auch ein Kreisvorsitzender der PDS, zwei Bundestagsabgeordnete und eine junge Genossin von 19 Jahren. 34 Ostdeutschen standen 4 Westdeutsche gegenüber.

Inzwischen ist die heftige Reaktion verklungen, eine wirkliche Diskussion wohl möglich. Das hat nicht zuletzt die Reaktion der Mitgliedschaft bewirkt, die, auch soweit sie unsere Kritik in keiner Weise teilte, dem Stil der Angriffe in großen Teilen verständnislos gegenüberstand.

Der Aufruf kam nicht von ungefähr. Er war eine Antwort auf die Entwicklung in der Partei im Umfeld des 4. Parteitages der PDS Ende Januar 1995. Wir gingen davon aus, daß mit dem erneuten Einzug der PDS in den Bundestag früher oder später an die Seite der alten Ausgrenzungspolitik der Versuch treten würde, die PDS durch Anpassungsanforderungen letztlich überflüssig zu machen. Solche Anpassungen befürchteten wir vor allem in drei Richtungen:

1. Aufweichung des Oppositionsverständnisses, etwa auf der Grundlage einer auf dem Parteitag beschlossenen Formulierung, daß die PDS auch in der Regierung Kraft der gesellschaftlichen Opposition sein könnte.

2. Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines in unseren Augen illusionären „Gesellschaftsvertrages zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft“, wie es in den vom Parteivorstand dem Parteitag vorgelegten, allerdings nicht beschlossenen 10 Thesen hieß.

3. Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts, wie es sich sowohl in den 10 Thesen wie im Parteitagsbeschuß fand. Dabei wandten wir uns nicht gegen eine Abrechnung mit dem Stalinismus, wohl aber gegen die pauschale Anwendung dieses Kampfbegriffs auf die DDR und die damit drohende Aufhebung des Pluralismus für alle diejenigen, die zu einer solchen Pauschalabsage an die DDR nicht bereit sind.

Eine der Ursachen für diese Entwicklung sahen wie in einer theoretischen Bedenkenlosigkeit, in der Bereitschaft, das, was bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt worden war, zugunsten neuer Moden über Bord zu werfen. Selbstverständlich ist das Marxsche Werk für uns kein Dogma, erst recht nicht nach einem solchen Zusammenbruch der unter Berufung auf ihn gestalteten Gesellschaften, auch kein Steinbruch, in dem wir Wurfgeschosse für Zitattenschlachten um die reine Lehre auflesen. Ich nehme für mich in Anspruch, daß auch früher nicht getan zu

haben. Auf der anderen Seite werden wir ohne Theorie, ohne Begriffe nicht auskommen, und manche von denen, die sich früher mit Marx-Zitaten nicht genug tun konnten, machen dasselbe heute mit der jeweils neuesten Ausgabe der Moderne oder Postmoderne. Ich halte es mit Kluge und Negt für notwendig, „peinlich darauf zu achten, daß mit dem erdrückenden Realitätszuwachs der politischen Sprache der Sieger nicht auf unabsehbare Zeit die Ausdrucksmöglichkeiten der Besiegten zerstört werden“. (1) So sehen wir keinen Grund, statt vom Kapitalismus, nun, da wir ihn praktisch erfahren, von janusköpfiger Moderne zu sprechen.

Auf der ersten großen öffentlichen Veranstaltung am 29. Mai, zu der die 38 Unterzeichner eingeladen hatten, wurde die Bildung eines Marxistischen Forums der PDS verkündet, das sich dann am 3. Juli konstituierte. Dieses Forum steht vor einer schwierigen Aufgabe.

Was können Wissenschaftler Politikern geben, was dürfen sie von ihnen verlangen?

Der Einfluß von Gesellschaftswissenschaftlern auf die Politik der DDR war gering, sie wurde oft genug zur Apologetik ge- und mißbraucht. Dennoch hatten viele, auch jetzige Mitglieder des Forums aus Verantwortungsbewußtsein bis zum bitteren Ende versucht, die Eigenständigkeit marxistischer Wissenschaft zu verteidigen. Es erweist sich für mich heute, daß ein Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik immer besteht. Zu verschieden sind die Ziele.

In der Wissenschaft geht es letztlich — jedenfalls idealtypisch — um Wahrheiten, nützliche Wahrheiten, aber doch Wahrheiten, wenn von Theorie die Rede ist. In der Politik dagegen geht es um Macht. Max Weber hat Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung definiert. (2) Die Versuchung für Politiker ist ungeheuer groß, nur solche Wissenschaftler hören zu wollen, die ihre Zielstellungen unterbauen, mit neuen Argumentationen versehen. Bestes Beispiel dafür sind die Anhörungen des Deutschen Bundestages. Auch Politiker der PDS scheinen manchmal der Ansicht zuzu-

neigen, daß für gute Politik „als Kunst des Möglichen“ Theorie eigentlich so notwendig nicht sei. (3) Auf der anderen Seite sind Wissenschaftler mit vielen Einzelfragen der politischen Auseinandersetzung nicht vertraut und tragen keine konkrete Verantwortung.

Das eigentliche Feld der — auch kontroversen — Begegnung ist in meinen Augen die Strategie. Vielleicht brauchen Parteien, die den status quo verteidigen, sich in ihm einzurichten, wirklich keine Theorie, genügt ihnen Politikberatung. Eine linke Partei aber, eine Partei, die Veränderung will, braucht Strategie. Strategie aber ist ohne Theorie nicht zu haben.

Bürgerliche Politik ist bei aller scheinbaren Öffentlichkeit in hohem Maße Kabinettspolitik. Sie wird in einem von mir vorher nicht vermuteten Maße von Profilierungs- und Machtwünschen einzelner bestimmt. Gewöhnlich wird sie als Realpolitik bezeichnet. Diese ist, wie das Negt und Kluge formulieren, „ein Ideal des 19. und 20. Jahrhunderts: Politische Begabungen werden gesucht und gefunden, allerdings nicht unter Überzeugungstätern, sondern unter Pragmatikern, die sich auf ihr Geschäft verstehen.“ (4) Ihre Politik produzierte keine Dauer und schon deshalb kein Gemeinwesen.

Für sozialistische Politiker dagegen die Veränderung und Gemeinwesen anzustreben, ist eine Strategie und deren öffentliche Diskussion lebenswichtig. Die Linke wird ihre politisch-ideologischen Debatten immer notwendig auch als theoretische Debatten führen müssen. Genau dieses Defizit wird ja heute bei der SPD besorgt eingeklagt.

Nur solche Debatten geben einer linken Bewegung das erforderliche Selbstbewußtsein. Insofern sind theoretische Auseinandersetzungen im Gegensatz zur Auffassung mancher „Realpolitiker“ etwas durchaus demokratisches. Sie müssen allerdings, was keineswegs immer der Fall ist, an geschichtliche und gegenwärtige Erfahrungen anknüpfen und dadurch den Menschen helfen, ihre wirkliche Lage zu erkennen und über gemeinsame Auswege nachzudenken. Man könnte in diesem Zusammenhang

von Ideologie sprechen als einer Verbindung politisch-strategischer Zielstellungen mit dem Massenbewußtsein über eine Bündelung von Aussagen und Bewertungen. (5)

Wir halten uns als marxistische Wissenschaftler und Künstler also nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet, an einer Strategiedebatte der linken Partei, der wir nahestehen oder sogar angehören, teilzunehmen, sie, wenn erforderlich, sogar einzuleiten. Die Erfahrungen des Sozialismus-Versuchs in der DDR, auch seines Scheiterns, sind uns ein Anlaß zum Nachdenken, der teilweise erzwungene Ruhestand gibt vielen von uns auch die Zeit dazu. Dabei wissen wir natürlich um die Schwierigkeiten der Politiker, im Tagesgeschehen Zeit und Kraft zum Nachdenken über Strategie zu finden. Ich selbst bin nach vierzigjähriger Arbeit als Wissenschaftler seit nunmehr schon fünf Jahren Teil der politischen Maschinerie und kann ein Lied davon singen. Gerade deshalb sollten Politiker aber theoretische Kritik, auch grundsätzliche Kritik, eher begrüßen.

Das Marxistische Forum ist nicht in der Lage, das große marxistische Potential, das im Osten zu weiten Teilen brach liegt, zusammenzufassen. Es ist auch kein Bildungsverein. Hier gibt es bereits wichtige, allerdings weiter auszubauende Vorhaben mehrerer Stiftungen, die nur zum Teil die ihnen zustehenden staatlichen Mittel erhalten. Das Forum ist auf der anderen Seite keine politische Plattform, keine Strömung innerhalb der PDS. Es kann nur versuchen, gestützt auf eigene Kompetenz und die Kompetenz von Mitstreitern, diejenigen zentralen Fragen aufzugreifen, die gleichsam an der Schnittstelle von Wissenschaft, Kunst und Politik zu stellen sind. Es geht um Schwerpunkte von besonderen politischen und strategischem Gewicht. Adressaten sind dabei sowohl die leitenden Gremien der PDS als auch die Basis, die Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie die Wählerinnen und Wähler der PDS einschließt. Über Veranstaltungen, Stellungnahmen zur Politik der PDS und wichtigen Ereignissen, eine Schriftenreihe und Buchpublikationen wie dies will das Forum in der Öffentlichkeit wirksam werden. Dabei soll diese Buchpublikation rasch die Breite des Spektrums deutlich machen und hat deshalb in hohem Maße auf bereits andernorts publizierte Arbeiten zurückgegriffen.

Nach dem 29. Mai fanden zwei weitere öffentliche Veranstaltungen statt. Am 1. September, in Berlin-Kreuzberg, wurde die Frage diskutiert: „In welcher Gesellschaft leben wir?“. Einleitende Referate hielten Jürgen Kuczynski, Heinz Jung und Andre Brie. (6) Am 6. November, in Hohenhöhausen, lautete das Thema „Leben in der DDR – Chance oder Makel?“. Es sprachen unter anderem Gisela Steineckert, Armin Stolper, Eberhardt Panitz, Siegfried Prokop und Kurt Pätzold. (7)

Wie steht es heute um unsere Sorgen, fast ein Jahr nach der ersten Sitzung des 4. Parteitages des PDS, am Vorabend seiner zweiten Sitzung? Die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik geht inner- und außenpolitisch unvermindert weiter. Letzte Zeichen sind der Rücktritt der liberalen Justizministerin und der mit überwältigender Mehrheit gefaßte Beschuß des Bundestags zum Einsatz deutscher Kampftruppen in Ex-Jugoslawien.

Die PDS hat sich bei den Berliner Wahlen im Oktober mit einem Stimmenanteil von 32 Prozent im Osten erneut als stabiler und dauerhafter Vertreter ostdeutscher Interessen erwiesen. In Meinungsumfragen hat sie die SPD in Ostdeutschland eingeholt. (8)

Der von uns erwartete Ansatz einer „Umarmungsstrategie“ der SPD ge-

genüber der PDS seit dem SPD-Parteitag in Mannheim steht damit sicher im Zusammenhang. Die damit möglicherweise einsetzende Zusammenarbeit beider Parteien ist positiv zu beurteilen, aber selbstverständlich nicht ohne Risiko. Sie erfordert eine stärkere Befreiung und Definition des eigenständigen Profils der PDS, und zwar nicht nur taktisch, sondern auch strategisch. Ein Reformbündnis ist längst nicht in Sicht und erfordert vor allem einen wirklichen Reformwillen der SPD.

In diesem Zusammenhang kann es nur begrüßt werden, daß der Versuch aus der Bundestagsgruppe, die bisherige strikte Ablehnung von Kampfeinsätzen unter welcher Bedingung auch immer in Frage zu stellen, auf fast vollständige Ablehnung der PDS stößt. Die Geschichtskonferenz der PDS Ende November brachte nicht den von uns befürchteten und von anderen gewünschten Erfolg der Verfechter einer Pauschalabsage an die DDR. Gleichermaßen gilt für die Erklärung der Historischen Kommission der PDS zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. (9) Gegen ein wirkliches Ende der von politischen Gegnern vorgegebenen Ausgrenzungsbemühungen spricht allerdings die Erklärung von Angela Marquardt im Schlusswort dieser Konferenz, immerhin stelltvertretende Bundesvorsitzende der Partei, die völlig distanzlos das Verhalten des sachsen-anhaltinischen Abgeordneten Matthias Gärtner in Schutz nimmt, der das Auftreten von Mitgliedern der Partei mit den Worten kommentierte: „Die Ratten verlassen wieder ihre Löcher“. (10)

Der Anpassungsdruck wird weiter wirksam sein, eben weil es sich um eine objektive Gefahr der schrittweisen Integration der PDS in das parlamentarische System mit all seinen Reizen handelt. Ohne gesellschaftliche Gegenmacht im Sinne von Bürgerbewegung und sozialen Kämpfen wird sich das Kräfteverhältnis nicht verändern. Die PDS muß sich als Teil und Vertreterin einer solchen Gegenmacht entwickeln, oder sie wird schrittweise zu einer „ganz normalen Partei“ und damit überflüssig werden. Das Marxistische Forum wird seinen Beitrag zur Abwehr dieser Gefahr zu leisten versuchen. Letztlich entscheidend aber werden Wählerinnen und Wähler, wird die Mitgliedschaft der Partei, vor allem die kritische Jugend sein. „Gegen Schlendrian und Machtlust der Zentralbehörden der Arbeiterbewegung“, schrieb Rosa Luxemburg 1911, „gibt es kein anderes Mittel als die eigene Initiative, eigene Gedankenarbeit, einges frisch pulsierendes Leben der großen Parteimasse.“ (11)

Anmerkungen:

- 1 O. Negt, A. Kluge, Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt a.M. 1992, S. 62
- 2 Max Weber, Politik als Beruf. In: Schriften zur theoretischen Soziologie, Frankfurt a.M., 1947, S. 16. f.
- 3 Schumann, Eine gewisse Unbestimmtheitsrelation bleibt, Neues Deutschland vom 12.12.1995
- 4 O. Negt, A. Kluge, a.a.O.
- 5 U.-J. Heuer, Ende der Ideologie, in diesem Buch
- 6 Vgl. H. Jung, J. Kuczynski, in diesem Buch, sowie A. Brie, Neues Deutschland vom 12.9.1995

7 Thesen zum Thema wurden gekürzt im Neuen Deutschland vom 2.11.1995 veröffentlicht. Die vollständige Fassung und die Reden sind abgedruckt in: Marxistisches Forum 3/1995. Leben in der DDR – Chance oder Makel?, Berlin November 1995

8 E. Noelle-Neumann, Wo sind die Zeugnisse des Umlernens?, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.1995

9 W. Hübner, K. Vesper, Wir warten immer noch auf Veränderung von oben, Neues Deutschland vom 18.11.1995; Erklärung ebenda 18.12.1995

10 T. Wischniewski, Falsch war nur die Wortwahl, Neues Deutschland vom 4.10.1995, A. Marquardt, Schlusswort, Pressebericht der PDS 51/1995

11 R. Luxemburg, Gesammelte Werke Bd. 3, Berlin 1973, S. 40

## T E R M I N E

3. Februar: Mitgliederversammlung der BWK-AG in und bei der PDS-Bayern um 13. Uhr in München, Schwanthalerstraße 139	10. März: Kommunalwahlen in Bayern.
3./4.2. Grüner Frauenrat in Kassel	24. März: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz.
9.-11.2.: Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen in der Jugendherberge in Osnabrück, Iburger Str. 2. Anmeldungen beim Büro der BAGs in Frankfurt, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 069/25 0030, Fax 069/23 55 84	29. März: In Turin beginnen die „Maastricht-Revisionsverhandlungen“
1. / 3. 3. : Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz.	30./31. März: Frühjahrs-Arbeitstreffen der KAZ-Faktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KP im Raum Heidelberg. Thema: Wie weiter mit dem Wiederaufbau der KPD? Anmeldungen werden erbeten an die KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Unkostenbeitrag: 50 DM.
EINLADUNG ZUR BUNDESKONFERENZ: Am 9. und 10. März findet in Köln die Tagung der Bundeskonferenz BWK statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Berichte zur Tätigkeit des Vorstandes, Neuwahlen von Vorstand und Präsidium sowie die Bildung verschiedener Kommissionen, Vortrag und Diskussion zur Ostpolitik: „Die BRD revidiert den Status Quo in Europa“; drei Arbeitsgruppen zu den Themen Ostexpansion von BRD, EU und NATO, Philosophie, Wertlehre der Arbeitskraft und Reproduktion.	5. Mai: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“.
Die Konferenz ist öffentlich. Interessierte Gäste sind herzlich eingeladen. Die Konferenz beginnt am 9. März um 13 Uhr im Juengdgästehaus, Köln-Riehl, An der Schanz 14, und endet am 10. März gegen 13 Uhr.	1.6. 4. Linkes Medienspektakel in Suhl.
Die Trägerorganisationen der Bundeskonferenz sowie Gäste werden gebeten, bis zum 23. Februar die Namen und Anschriften der Teilnehmenden sowie Essen- und Übernachtungswünsche an das Büro der Bundeskonferenz, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 6442 zu melden, damit die Konferenzunterlagen rechtzeitig verschickt werden können. (für das Präsidium der Bundeskonferenz: chc, har)	14./16. 6. Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt
22.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen	16. Juni: Präsidentschaftswahlen in Rußland
28.9. bis 4.10.: Gewerkschaftstag der ÖTV.	Juni: a.o. Konferenz der DGB-Jugend berät u.a. über das Grundsatzprogramm des DGB
November: a.o. DGB-Bundeskongreß mit Beschuß über neues Grundsatzprogramm.	1. bis 4. August: „Sommettreffen“ der BAG der Sozialhilfeinitiativen
November: Präsidentschaftswahlen in den USA	1. bis 4. August: Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft bei der PDS, Sommerkurse der Linken Schule.

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion/Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030/6 94 92 57, Fax: 030/6 94 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/4 58 3793

Köln : GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,

Tel. 034204/65711, Fax: 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 4701, Fax: 62 15 32.

## Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark  
(beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo  
(39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo  
(65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder  
(26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

(BankUnterschrift) .....

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr. /BLZ: .....

(BankUnterschrift) .....

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse

„Auf Mallorca ist das Schweigen profunder als in anderen Ländern.“

George Sand

# Die ausgemalte Utopie

## Miró auf Mallorca

**E**s gibt diesen schlechten Witz, Mallorca sei als deutsches Bundesland zu betrachten, so sehr ist es in der Hand von Pauschaltouristen und Dauergästen aus Deutschland. Man spricht deutsch, die Speisekarten bieten Sauerkraut und Eisbein an, der Kaffee ist der gewohnte magenschnende, sogar eine deutsche Tageszeitung gibt es, erwartungsgemäß mit Klatsch und Tratsch über Frank Elstner (der auf der Insel ein Feriendomizil hat) und das spanische Königspaar (das dort ebenfalls beizeiten residiert). Es gibt aber auch eine Geschichte der zu den Balearen zählenden Insel (zusammen mit Ibiza, Menorca, Formentera, Cabrera), die weit in vorchristliche Jahrhunderte zurückreicht. Noch heute gibt es aus der Vorzeit einige Kulturdenkmäler zu besichtigen, Grabanlagen und Höhlen. Zur Geschichte der Balearen gehört auch ihre Verbundenheit zur spanischen Halbinsel, vor allem auch in Sachen Unabhängig eines eignen katalanischen Staates. Im Spanischen Bürgerkrieg war die Inselgruppe republikanisch - und noch heute ist einiges von den, nicht zuletzt antifranzistischen Autonomiebestrebungen an den Orts- und Straßennamen sichtbar, die sowohl auf Spanisch wie auch Katalanisch zu lesen sind. Wer Mallorca heute als Urlauber bereist, um sich in den großen Hotelblocks der Tourismusindustrie ein paar Tage Erholung zu gönnen, wird von dieser Geschichte wenig bekommen. Wer sich aber mit wachen Augen ins Landesinnere begibt oder einmal die Seitenstraßen der Inselhauptstadt Palma (bzw. Ciutat de Mallorca) durchstreift, der wird an den Wandparolen, vielleicht auch bei einer Gesprächsgelegenheit etwas über die Vergangenheit und politische Gegenwart der Insel erfahren können (wobei die Zeichen der linksgerichteten Unabhängigkeitsbewegung nicht darüber hinwegtäuschen dürfen,



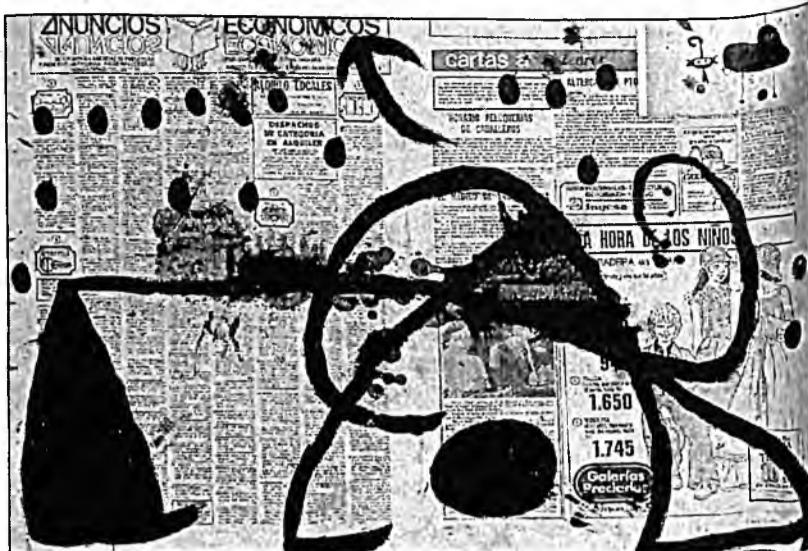
Kathedrale von Palma

daß es ebenso auch eine starke monarchischreaktionäre Strömung in der Bevölkerung gibt). Vor allem aber wird man die Schönheiten der Insel entdecken können, Orte, die an unberührte Natur erinnern, ebenso wie Schauplätze eines Lebens, das bei aller Anstrengung der Landarbeit doch etwas von Ruhe, Glück, fast Idealbild der Utopie vermittelt. Das sind freilich Stereotypen, die der Urlauber sich leisten darf, ohne die wirkliche Not zu überschauen: der Bauer, der gemütlich das Feld zu bewässern scheint, macht dies aus Wasserknappheit, die Mandelplantagen ist Monokultur und das zur Mittagszeit leergefegte Dorf macht schließlich auch keinen Magen satt. Für die Rundreise nebst Hauptstadtbesuch empfiehlt es sich, auf größere Reisegruppen zu verzichten, also entweder ein Auto zu mieten oder aber das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Es gibt auf Mallorca ein relativ verzweigtes Busnetz, auch die Taxis ist gegebenenfalls eine Möglichkeit. Vor allem lohnt es sich, einmal die noch vorhandenen Eisenbahnstrecken zu nutzen - eine führt in die Insel hinein nach Inca, die ande-

re, die noch von einem nostalgischen Zug befahren wird, in die nordwestlichen Küstenberge nach Soller. Ubrigens kann auch mit dem Fahrrad schon einiges erreicht werden - die letzten Jahre ist die Insel zum Ziel vieler Radsportfreunde geworden. Angeraten sei ein Besuch der Insel im Frühjahr. Zum einen ist es nicht so voll (und nicht so teuer), zum anderen kann man um diese Jahreszeit die Landschaft in den kräftigsten Farben erleben; zum Baden ist es bisweilen noch zu kalt, für Spaziergänge aber allemal richtiges Wetter - die Füße halten es im Mittelmeer schon aus. Der persönliche Tip: sich ein Hotel im Nordosten der Insel zu suchen, in der Bucht von Alcudia etwa: ein guter Startpunkt, um auf Entdeckungsfahrt zu gehen, sei ins Inselinnere, an die Küsten, nach Palma oder einfach nur zum Wochenmarkt in Alcudia. Wer gerne Klöster und Kirchen besichtigt, wird vor allem in den entlegenen Dörfern finden: aufwendig gearbeitete Glasfenster geben den Sandsteinkirchen innen ein andächtiges Licht. Viele Schnitzarbeiten sind zu bewundern, auch die oft in den Fels gebauten Klöster zeugen von einer traditionsreichen Kultur, die immer wieder unterschiedlichsten Einflüssen ausgesetzt war. Natürlich dominiert das Römisch-Katholische, aber es ist maurisch, heidnisch, ja sogar griechisch-antik durchsetzt. Der Atheist betritt die religiösen Stätten Mallorcas also nicht in Ehrfurcht vor der Kirche, sondern in Ehrfurcht vor den kulturellen-handwerklichen Leistungen der Menschen. Mit diesem Bewußtsein sollte auch die große Kathedrale in Palma besichtigt werden. Das bunte Mosaikfenster im Kirchenschiff dürfte eines der lichtprächtigsten der Welt sein. Allein, die Landschaft selbst erregt schon von sich aus Ehrfurcht: unbedingt sollten die Tropfsteinhöhlen besucht werden (die für den touristischen Geschmack noch farbenfroh beleuchtet werden: kitschig, aber deshalb ehrlich). Es gibt grüne Berghänge, ja selbst Schnee auf dem höchsten Berg (1445 m), ebenso wie

viel Sand und Strand. Wer will, begibt sich auf die Spuren von Persönlichkeiten. Der Weg führt zuerst zum Kloster von Valldemossa, wo 1838-39 die Schriftstellerin George Sand und der Komponist Frederic Chopin eine heftige Liebesbeziehung lebten, die in einem kleinen Museum und von George Sand in ihrem Bericht Ein Winter auf Mallorca festgehalten worden ist.<sup>(1)</sup> Und schließlich wird man irgendwann auch auf den Namen des Künstlers Joan Miró stoßen, der viele Jahre seines Lebens bis zu seinem Tod 1983 auf Mallorca verbracht.

**M**iró ist Katalane und hat zusammen mit Künstlern wie dem Architekten Antoni Gaudí oder dem Maler Salvador Dalí katalanische Kunst geprägt, die von fließenden Formen, kräftigen, reinen Farben, einer naturhaften Monumentalität und vor allem einen starken Bezug auf die traditionelle Kultur gekennzeichnet ist. Seine erste katalanische Heimat war die Stadt Barcelona, die er, zeitweise sich durchaus als Kommunist verstehend, jedoch während des Spanischen Bürgerkriegs verläßt. Miró nimmt



Joan Miró, Ohne Titel

an den Kämpfen nicht teil, bringt aber seine feste Solidarität für die humanistische Idee in einem Gemälde zum Ausdruck: 1937 fertigt er für den spanischen Pavillon auf der Weltausstellung in Paris das 5,5 x 3,65 großes Wandgemälde Der Schnitter oder der katalanische Bauer in Revolte an, das zusammen mit Picassos Guernica zu sehen ist (Mirós Bild ist verschollen). Miró kehrt nach Barcelona Anfang der 40er Jahre zurück, zieht wieder nach Paris, bereist New York - und läßt sich schließlich 1956 auf Mallorca nieder. Es entstehen ein Ateliers, Terrassengärten, eine Keramikwerkstatt, Wohnhaus und schließlich eine 1981 gegründete Stiftung, zu der heute ein Museum mit zahlreichen Arbeiten Mirós und junger Künstler gehört.<sup>(2)</sup>

Mirós Kunst basiert - wie bei Max Ernst, auch den Surrealisten, bei Grosz, aber doch auf eigenwillige Weise - auf dem Prinzip der Montage und der Collage. Miró übermalt großflächig eigene und fremde Arbeiten, übermalt Zeitungen mit Farbflächen und Linienornamenten. Feine Zeichnung und grelle Farbblocke stehen kraß zusammen, bilden aber doch eine - um ein Wort Mirós zu gebrauchen - „poetische“ Einheit. Gemalt und skulpturiert hat der Künstler wie ein Besessener, unermüdlich und viel - und doch haben manche Arbeiten Jahre gebraucht, um fein zu werden, und doch wurden viele Arbeiten auch vernichtet. Die Bilder wie auch die Skulpturen sind durchweg abstrakt. Zwar gibt es Figuren, manchmal auch Gegenstände, die surrealisch wie Fundstücke montiert sind, doch wäre es verfehlt, das Dargestellte in einen konkreten Bildinhalt zu übersetzen. Vielmehr wirken Kräften in den Arbeiten Mirós, ja es sind Resultate von Kraftströmen. Das abgeschmackte Wort der Atmosphäre muß man hier verwenden, um das Prinzip der Arbeiten zu verstehen. Wenn Miró sich nicht zuletzt Mallorca als Arbeitsort deshalb ausgesucht hat, weil er vom blauen Licht des Himmels und des Meeres in den Bann gezogen war, so verstehen wir das nicht allein im Anblick einer Skulptur, - die Skulptur muß selbst im Licht dieser Insel erscheinen (wer Gelegenheit hat, auf Mallorca die Fundació zu besuchen, achten deshalb insbesondere auf die Fensterarchitektur, die das Außenlicht in die letzten Winkel bringt). Das macht den Künstler zu einem Realisten der besonderen Art, indem er nicht realistisch abbildet. Das Naturschöne Mallorcas, das ihn faszinierte, macht er nicht zur Kunst, sondern seine Kunst verweist wie ein Pfeil auf die Natur und leitet den Blick des Betrachters weiter in die Landschaft Mallorcas. Ebenso fängt Miró auch nicht das Leben, die Szenen des Alltags gleich einem Historienmaler ein, sondern wieder gerät seine Arbeit zu einem sozialen Verhältnis,

indem sie am Leben Mallorcas gleichsam Teil hat. Er malt nicht den Bauern bei der Landarbeit, nicht die Marktfrau in der Stadt, die den Fabrikarbeiter, sondern er übernimmt deren Material und Arbeitsweise in seinen Werken. So fertigte er beispielsweise 1934 Collagen aus Schmirgelpapier. Eine besondere Material sollte für ihn der Ton und die Keramik werden., vor allem in Form der Xiurells. Miró war Sammler; in seinen Pinacoteca genannten Vitrinschränken bewahrte er Spielzeug, Figuren, Bizarres (Knochen etc.) und auch eine große Anzahl malloquinischer Tonpfeifen, die Xiurells. Es sind einfache, geradezu magische Pfeifen aus weißer gebrannter Tonerde, in den kräftigen Farben Rot, Gelb und Grünspürlich bemalt (wie die Bilder Mirós), die einen rauhen Klang von sich geben. Die Xiurells, die heute als Andenken massenfertigt werden, verkörpern in ihrer Einfachheit Mirós Idee der Skulptur: „Schütte weiße Farbe über diese Zementmassen, bemalte dann dem Material entsprechend lebendig und direkt Teile in hellen Farben, wie man es von den mallorquinischen Pfeifen kennt.“ Einige Arbeiten Mirós heißen nicht umsonst Konstellationen. Seine Methode, Alltagsgegenstände zusammenzubringen, geht über das Erschaffen eines Kunstwerks hinaus. Er zeigt damit auch an den Dingen eine utopische Dimension geradezu, deckt ein Versprechen auf, was die Welt auch jenseits des ökonomischen Zwangs bedeuten könnte. Auf Mallorca hat Miró für diese Idee den richtigen Raum geschaffen. Eine Reise nach Mallorca erklärt Miró und Miró erklärt auf seine Art auch noch einmal die Schönheit dieser Insel. Aber das ist nur der bildungsbürgerliche Aspekt, der den Museumsbesuch wert macht. Viel wichtiger ist der Anreiz, den Mirós Arbeiten im Licht der mallorquinischen Sonne geben, auf der Rundtour durch die Insellandschaft und Dörfer mit wenig Farben und einfachen Formen auf geeigneten Untergrund einmal Reiseindrücke festzuhalten.

(rob)

<sup>1</sup> Das „meistgelesendste Buch über Mallorca“ kauft man selbstverständlich als Reiseführer auf der Insel selbst in der üblichen, in vielen Sprachen vorhandenen nur für den Tourismus in schlechter Qualität gedruckten Ausgabe (mit einem Vorwort von Luis Ripoll, Palma de Mallorca 1988).

<sup>2</sup> Ein ähnliches, gleichsam unbedingt sehenswertes Miró-Museum gibt es auch in Barcelona auf dem Montjuic - in dem architektonisch meisterhaften Bau sind vor allem die großen Webarbeiten Mirós zu sehen.

Buchempfehlungen: • Barbara Catoif, Miró auf Mallorca, Prestel-Verlag (Pegaso), München, New York 1995, 119 S. mit Abb.) • Führer der Fundació pilat i Joan Miró a Mallorca, Electa: Palma de Mallorca 1992, 110 S. mit Abb. (in der Fundació erhältlich).